



Neue Wirtschaftsformen

Synthesestudie im Rahmen des Projekts

Freiburg 2030

Miteinander die Zukunft gestalten!

Niklas S. Mischkowski

Michael Pregernig

Professur für Sustainability Governance

Freiburg, September 2017

Freiburg 
IM BREISGAU



Inhalt

Zusammenfassung	ii
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	iii
Abkürzungsverzeichnis.....	iii
1. Einleitung	1
2. Warum neue wirtschaftsformen?	2
2.1 Von „Green growth“ bis „De-growth“ – die Suche nach neuen Wirtschaftsformen.....	3
2.2 Übergreifende Dimensionen neuer Wirtschaftsformen.....	11
3. Freiburg und neue Wirtschaftsformen.....	16
3.1 Städtische Ziele mit Bezug zu neuen Wirtschaftsformen	16
3.2 Bisherige Aktivitäten im Bereich neuer Wirtschaftsformen	19
4. Studien zu neuen Wirtschaftsformen in Städten	22
5. Handlungs- und forschungsbezogene Zusammenfassung	33
Literaturverzeichnis.....	36

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht wurde zur Vorbereitung des zweiten Zukunftsdialo­gs im Rahmen des Projektes „Freiburg 2030 – Miteinander die Zukunft gestalten!“ erstellt. Im Zukunftsdialo­g wurden – als eines von drei Schwerpunkthemen – „neue Wirtschaftsformen“ hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte und ihrer Bedeutung für die Stadt Freiburg erörtert. Der gegenständliche Bericht liefert zunächst einen Überblick zu den ideengeschichtlichen Wurzeln und den verschiedenen Ausprägungsformen alternativer Wirtschaftsmodelle. Anschließend werden in Freiburg vorhandene Aktivitäten kurz vorgestellt und eingeordnet. Abschließend wird versucht, einen Anstoß für mögliche Maßnahmen – sowohl der Forschung wie auch der Umsetzung – im Rahmen des Zukunftsstadt-Projekts zu geben. Vor dem Hintergrund der Breite an Ideen und Inhalten zum Thema „Wirtschaft“, kann der vorliegende Bericht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Stattdessen fungiert er als theoretisches Fundament, angereichert durch eine Bandbreite an Praxisbeispielen, die die Horizonte innerhalb des Themas abbilden und Anregungen für den bevorstehenden Prozess bieten sollen.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Überblick Neuer Wirtschaftsformen.....	11
Abbildung 2: Nachhaltige Unternehmen In Freiburg	19
Abbildung 3: Die Multi-Level-Perspektive.....	34
Abbildung 4: Gestaltungsfelder Der Wirtschaftsförderung 4.0	35
Tabelle 1: Schnittstellen Der Freiburger Nachhaltigkeitsziele Mit Neuen Wirtschaftsformen	18
Tabelle 2: Auswahl Von Unternehmen, Initiativen Und Projekten Im Bereich Neuer Wirtschaftsforme.	21
Box 1: Zum Kontext Des Berichtes.....	1
Box 2: Querschnittsthema „Soziale Innovation“	5

Abkürzungsverzeichnis

BIP	–	Brutto-Inlands-Produkt
CSR	–	Corporate Social Responsibility
C2C	–	Cradle to Cradle
DIY	–	Do-it-yourself
FabLab	–	Fabrication Laboratory
GWÖ	–	Gemeinwohlökonomie
IKT	–	Internet und Kommunikationstechnologie
KMU	–	Kleine und mittelständische Unternehmen
UNEP	–	United Nations Environment Programme

1. Einleitung

Die aktuelle Nachhaltigkeitsdebatte ist eng mit der Frage verknüpft, wie ein „nachhaltigkeitsgerechtes“ Wirtschaftsmodell aussehen könnte. Dem derzeitigen Wirtschaftsmodell werden dabei signifikante Nachhaltigkeitsdefizite konstatiert: zum einen bezogen auf die Frage der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit (soziale Dimension), zum anderen bezogen auf die Frage der Umweltverträglichkeit „moderner“ Lebensweise(n) (ökologische Dimension) sowie schließlich die vor dem Hintergrund diverser Krisenszenarien zunehmend fraglichen Resilienz unseres Wirtschaftssystems selbst (ökonomische Dimension). Wirtschaftliche Tätigkeit – grundsätzlich ein Mittel zu einem Zweck – liegt daher im Zentrum der Überlegungen für einen Weg zu nachhaltigeren Lebensweisen (Paavola und Adger 2005; Loorbach und Lijnis Huffenreuter 2013; Asara et al. 2015).

Im Rahmen des Kommunenwettbewerbs Zukunftsstadt liefert der vorliegende Bericht eine Synthesestudie zu dem Themenfeld „neue Wirtschaftsformen“. Ziel ist es, einen Überblick über entsprechende Ansätze und potentielle Fördermaßnahmen zu verschaffen, um dezidiert nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaftsformen fördern zu können (vgl. Box 1).

Box 1: Zum Kontext des Berichtes

Freiburg befindet sich – zusammen mit 19 anderen Kommunen – in der zweiten Runde eines auf drei Phasen angelegten Kommunenwettbewerbs. Zunächst wurde in der ersten Phase gemeinsam mit verschiedenen Akteuren eine kommunale *Vision* für die Stadt Freiburg 2030 entwickelt. Das Ziel der zweiten Phase ist die Erstellung eines *Planungs- und Umsetzungskonzeptes*, auch dieses soll wieder partizipativ, d.h. in Kooperation zwischen Kommunalverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geschehen. Die Schwerpunkte liegen auf drei, in der ersten Phase gesetzten, Themenfeldern: „Nachhaltige Energieversorgung“, „Neue Wirtschaftsformen“ und „Regionale Ernährung“. Der vorliegende Bericht stellt eine von drei Überblicksstudien zu den gewählten Themenfeldern dar. In der dritten Phase des Wettbewerbs sollen die erarbeiteten Ideen und Projekte in so genannten „*Reallaboren*“ umgesetzt werden.

Der Bericht ist dabei folgendermaßen strukturiert: Kapitel 2 führt in die Thematik ein, begründet die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den diversen Ansätzen in diesem Bereich, zeigt das breite Spektrum an Ansätzen auf und skizziert zentrale Kontroversen. Kapitel 3 gibt einen kurz gehaltenen Überblick zu aktuellen Aktivitäten in Freiburg, bevor in Kapitel 4 diverse (nationale und internationale) Fallbeispiele für entsprechende Ansätze vorgestellt werden. In Kapitel 5 werden zentrale Aspekte aus der Literatur sowie den gewählten Fallbeispielen zu einer Zusammenfassung gebündelt, um abschließend einige potentielle Forschungsthemen in und für Freiburg aufzuzeigen.

2. Warum neue Wirtschaftsformen?

Das Thema „alternative“ oder „neue Wirtschaftsformen“ ist generell kein neues. Seine Wurzeln finden sich insbesondere in kritischen Kapitalismusdebatten, welche die Entstehung dieser Wirtschaftsform von Anfang an begleitet haben. In diesen Debatten wird häufig ein Ideen-Kontinuum zwischen (reinem) Kapitalismus und (reinem) Kommunismus aufgespannt. In jüngerer Zeit hat sich die Diskussion allerdings über diese einfache Dichotomisierung deutlich hinaus bewegt. Während sich frühere Ansätze zu neuen Wirtschaftsformen in einer Kritik des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems erschöpft haben, fächern sich jüngere Vorschläge deutlich stärker auf.

Wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992), im Sinne eines Überkommens alter Systemkonkurrenzen, eingeläutet (Sontheimer 1996), hat vor dem Hintergrund aktueller Krisenszenarien (Klima, Biodiversität, Finanzen etc.) die „Systemfrage“ in neuem Licht wieder an Aktualität gewonnen (Sommer und Welzer 2014; Rosa et al. 2014). So konstatiert Elmar Altvater, dass kapitalistische Entwicklung „immer, so die Erkenntnis Joseph A. Schumpeters, eine Abfolge kreativer Zerstörung [sei;] sie ist also janusköpfig, für die einen kreativ, für andere destruktiv“ (Altvater 2014, S. 8). In welche Richtungen der Schaffung von Neuem und der Verdrängung von Altem diese „neuen“ Debatten weisen, wird in den folgenden Kapiteln aufgezeigt.

Im Kern der Kritik steht die Ausbeutung von Mensch und Natur und die Feststellung, der Kapitalismus untergrabe somit seine eigenen Grundlagen (Karl Marx; siehe auch Polanyi 2004; Rudel et al. 2011). Vor diesem Hintergrund ist klar, warum gerade im deutschsprachigen Raum von der Notwendigkeit einer *sozial-ökologischen Transformation* (Brand 2016) gesprochen wird; im Englischen findet entsprechend Forderungen nach einer „New Economy“¹ bzw. *Economies* (Avelino et al. 2015). Andererseits erklärt sich hieraus die Bedeutung von Arbeit, durch die der Mensch in der Ökonomie „sichtbar“ wird (Polanyi 2004), sowie die Bedeutung des Ressourcenverbrauchs als zentrale Größen (siehe Kapitel 2.2; Stocker et al. 2015). Auch das Thema „Grenzen (des Wachstums)“ zieht sich als Ausgangspunkt und Treiber bei der Suche nach Neuem durch weite Teile des Diskurses. So wird argumentiert, dass heute schon die ökonomischen Grenzen des Wachstums und damit verbunden, vor allem unter dem Banner des Klimawandels und des Verlustes an biologischer Vielfalt, auch die ökologischen Grenzen erreicht oder zumindest in gehakter Nähe sind (Steffen et al. 2015). Ein weiterer programmatischer Pfeiler in der Debatte ist daher das Argument, dass die Menschheit ihre Lebensweise ändern müsse, ob „*by design or by disaster*“ (Sommer und Welzer 2014) oder anders ausgedrückt: Wir stünden vor der Wahl zwischen „Kollaps oder Paradigmenwechsel“ (Stocker et al. 2015, S. 21).

Während einige der genannten Begriffe noch den Beigeschmack der alten Systemkonkurrenzen haben, geht es heute wohl zum Großteil letztlich darum „ein Wohlstandsmodell zu definieren, das nicht mehr das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Vordergrund stellt, sondern die Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt rückt“ – ökologische Nachhaltigkeit inbegriffen (Stocker et al. 2015). So seien die „großen, antagonistisch geführten Debatten des 20. Jahrhunderts, das auch ein Jahrhundert der Ideologien gewesen ist“ mittlerweile Geschichte und durch „punktuell und problembezogen[e]“ Debatten ersetzt (Sontheimer 1996, S. 50). Die Dichotomie zwischen Staat und Markt sei hierbei letztlich überholt (ebd.); stattdessen hat sich die Suche nach einem „dritten Weg“²

¹ Der Begriff wird meist jedoch spezifisch auf IKT-Produkte bezogen, die entgegengesetzt zur „old economy“ nach anderen Regeln der Preisbildung funktionieren.

² Wie er beispielsweise als „communitarianism or a revitalized social democracy“ definiert werden kann (Gibson-Graham 2003, S. 124; ebenso Mintzberg 2015).

zwischen den alten Denkweisen etabliert. Zusätzlich wurde die Debatte um Perspektiven aus dem Feld der Industrialismus- und Technik-Kritik (Vetter 2017) sowie aus feministischen Perspektiven (Bauhardt 2014; Harcourt 2014) bereichert. Im Folgenden werden die aktuellen Debatten ausschnittsweise rekonstruiert; dabei wird zunächst die Spannweite an Modellen dargestellt (Kapitel 2.1), um anschließend einige zentrale Argumentationsstränge beispielhaft vertieft herauszuarbeiten (Kapitel 2.2).

2.1 Von „Green Growth“ bis „De-Growth“ – die Suche nach neuen Wirtschaftsformen

Neue Wirtschaftsformen aufzulisten, muss an dieser Stelle ohne Anspruch auf Vollständigkeit geschehen, da eine Vielzahl von Begrifflichkeiten existiert, die teilweise nicht klar definiert sind oder sich in ihrer Bedeutung und Verwendung überlappen (Avelino et al. 2015). Die folgende Darstellung beruht daher auf zwei Autorengruppen, die in diesem Zusammenhang bereits Vorarbeiten geleistet (Avelino et al. 2015; Stocker et al. 2015; Pirgmaier et al. 2015) und versucht haben, das entsprechende Spektrum abzubilden. Im Folgenden werden 10 verschiedene Ansätze kurz vorgestellt.

1. Green Economy

Ein Ansatz, der gerade im Kontext und Nachgang zur Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2007 an Bedeutung gewonnen hat, ist jener der „Green Economy“. Unter diesem Begriff lassen sich Modelle subsumieren, die sich speziell der Lösung der ökologischen Krise annehmen und bei denen durch technologischen Fortschritt „eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung erreicht werden“ soll (Pirgmaier et al. 2015, S. 7). Diese Strategie wird als „ökologische Modernisierung“ bezeichnet. Im Kern steht das Ziel, durch den „effizientere[n] Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie“ weiterhin wirtschaftliches – aber „grünes“ – Wachstum zu generieren (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017; Loiseau et al. 2016). Wirtschaftliches Wachstum wird hierbei in der Regel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017).

Konzepte, die diesem Strang zugeordnet werden können, sind: „cleaner production, waste hierarchy, bio-economy, industrial ecology, circular economy, nature-based solutions, and dematerialization through product-servicizing“ (Loiseau et al. 2016, S. 361). Die Trennlinie zu anderen Modellen (siehe unten) liegt am stärksten in der Wachstumsfrage, wobei einige Konzepte durchaus auch Schnittmengen zu anderen (wachstums-kritischen) Modellen aufweisen (Avelino et al. 2015). Eine weitere Trennlinie zeigt sich bei der Bedeutung der „Marktlogik“, welche sich vor allem in der Frage spiegelt, ob und wie Natur im Sinne von „Naturkapital“ gedacht, gemessen und inwertgesetzt werden kann und soll (Brand 2015; Wynne-Jones 2012; Turnhout et al. 2014; Kenis und Lievens 2016).

Der Begriff wurde maßgeblich vom United Nations Environment Programme (UNEP) geprägt und auf internationaler Ebene prominent behandelt (v.a. auf dem Rio+20 Gipfel). „Umweltfreundliche Produktionsprozesse, effiziente Ressourcennutzung und die Reduktion von Abfällen und Umweltverschmutzung werden dabei als ausdrückliche Ziele formuliert. Industrielles Wachstum wird dabei nicht als Widerspruch zu ökologischen Nachhaltigkeitszielen betrachtet.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 17)

2. Kreislaufwirtschaft

Das Konzept einer Kreislaufwirtschaft basiert auf einem der zentralen Prinzipien der Nachhaltigkeit³, dem so genannten „Konsistenz-Prinzip“. Mit seiner Abfallwirtschaftsregulierung aus dem Jahr 1996 galt und gilt Deutschland hier als Pionier; mittlerweile gibt es auch eine EU-Strategie zur Kreislaufwirtschaft (Geissdoerfer et al. 2017). Die Grundidee ließe sich auf den Slogan „*reduce, reuse, recycle*“ reduzieren. Etwas genauer hieße das, dass Ressourcen (dazu gehören auch „Abfall“, Emissionen und Energie) minimiert werden, indem Material- und Energieflüsse geschlossen werden. Die Werkzeuge hierfür werden in langlebigen Produkten, Wartung, Reparatur, Wiederverwertbarkeit und Recycling gesehen (ebd.). Auf diese Weise sollen Einzelpersonen und Unternehmen zwischen- sowie untereinander Materialverbrauch und –herstellung ressourcenschonend gestalten.

Unter dem vorgenannten allgemeinen Gedankengebäude haben sich zwischenzeitlich einige „Eigenmarken“ etabliert; die zwei bekanntesten sind wohl „Cradle-to-Cradle“ (McDonough und Braungart 2002) und „Blue Economy“ (Pauli 2010). Die Idee, sich an Kreisläufen und Kaskadennutzung der Natur zu orientieren, gleicht dabei dem älteren Forschungsbereich der *Bionik*. Zentral ist auch die Prämisse, dass die Kategorie „Abfall“ quasi verschwinden soll, indem nichts mehr hergestellt wird, das nicht wieder in Material- und Stoffkreisläufe zurückgeführt werden kann. So geht es z.B. beim *Cradle-to-Cradle*-Ansatz explizit „nicht um das Sparen von Ressourcen, sondern um deren intelligente Verwendung in Kreisläufen“ (Pirgmaier et al. 2015).

3. Steady State – Post-Wachstum – Degrowth

Während klassisch modernisierungstheoretische Ansätze Wachstum als Teil der Lösung von Umweltproblemen und Armutsbekämpfung sehen, rahmen alternative Ansätze Wachstum zunehmend als Teil des Problems. „VertreterInnen von Postwachstums-, Steady-State- oder Degrowth-Ideen rufen zur Abkehr von sinnleerem und ressourcen-verschwendendem Konsum auf und betonen die Vorzüge von einem suffizienten Leben. [...] Während das Problemlösungspotenzial technischer Lösungen angezweifelt wird, werden vor allem soziale Innovationen propagiert, die auf individuellen Verhaltensänderungen basieren und die Überwindung kapitalistischer Strukturen ermöglichen.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 9; ähnlich: Jackson 2009; Paech 2016)

Wirtschaftswachstum sei, so wird argumentiert, in den meisten industrialisierten Ländern „unwirtschaftlich geworden: es schafft in Summe keinen Wohlstand mehr, sondern verringert den Kapitalstock, auf dem unser Wohlstand aufgebaut ist“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 31). Vor diesem Hintergrund schlägt Herman Daly, als Kritik an der herrschenden Pro-Wachstums-Orthodoxie, die alternative Vision einer „*Steady State Economy*“ vor. Basierend auf dem zweiten Gesetz der Thermodynamik könne eine Wirtschaft mit einem begrenzten Vorrat an Energie und Ressourcen schlicht und ergreifend nicht unendlich wachsen (ebd.). Um die Material- und Energieumsätze in der Wirtschaft (auf dem maximal tragfähigen Level) konstant zu halten, werden drei (globale) Maßnahmen vorgeschlagen: Geburtenkontrolle, Stabilisierung des physischen Kapitalstocks (durch ein Auktions- und Handelssystem) und Umverteilung, um die begrenzten Ressourcen gerecht aufzuteilen (ebd.). Ergebnis soll ein „dynamisches Gleichgewicht“ sein. Damit wird metaphorisch auf ein Konzept der Waldwirtschaft Bezug genommen: Wälder wachsten bis zu einem maximalen Alterszustand, um dann mosaikartig abzusterben und sich zu erneuern.

³ Die drei Nachhaltigkeitsprinzipien lauten Effizienz, Konsistenz, und Suffizienz (Kleinhückelkotten 2002).

Die generelle Problembeschreibung einer wirtschaftlichen Übernutzung natürlicher Ressourcen findet sich auch in der Debatte um „Degrowth“ und „Post-Wachstum“. Weniger Wachstum wird hier nicht als Gefahr, sondern als Chance für ein besseres Leben gesehen, da in den industrialisierten Ländern eine Verdichtung von Arbeit, Produktion und Konsum mittlerweile das Leben vieler Menschen eher belastet als verbessert (Pirgmaier et al. 2015). Im Gegensatz zu öko-modernistischen Ansätze (siehe oben) sind Post-Wachstumsansätze eher skeptisch, was die Lösung derzeitiger Krisen(-tendenzen) durch rein technologische Herangehensweisen betrifft. Ein Argument, das hier in Anschlag gebracht wird, ist jenes des Rebound-Effekts, der rein technische Strategien oft zum Scheitern bringt (siehe Kapitel 2.2). Auch sei das westliche Wohlstandsmodell nicht auf die gesamte Welt übertragbar (ebd.). Dementsprechend wird der „Relokalisierung“ der Wirtschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben – sowohl aus ökologischen wie auch sozialen Motivationen heraus (siehe Kapitel 2.2) (Pirgmaier et al. 2015; Avelino et al. 2015). Was den Bezug zu fundamentalen Nachhaltigkeitsprinzipien betrifft, so wird hier weniger auf Effizienz und Konsistenz abgestellt (wie beispielsweise in der Green Economy), sondern verstärkt auf Suffizienz (und zum Teil auch Subsistenz) (siehe Kapitel 5).

Die Debatte um „Degrowth“ stellt in der Zwischenzeit eine komplexe Gemengelage von wissenschaftlichen Beiträgen mit Elementen einer sozialer Bewegung dar, welche eine „Vielfalt und Komplementarität von Strategien“ begrüßen (Pirgmaier et al. 2015, S. 35). Die im Folgenden vorgestellten Modelle enthalten jeweils spezifisch stärker gewichtete Elemente, die prinzipiell auch in der Degrowth-Debatte behandelt werden und mit dieser vereinbar sind.

Box 2: Querschnittsthema „Soziale Innovation“

In vielen Debatten um neue Wirtschaftsformen spielt das Konzept der „sozialen Innovation“ eine große Rolle. „Im Gegensatz zu technischen Innovationen liegt der Fokus bei sozialen Innovationen auf Verhaltensänderungen von Individuen und der Änderung sozialer Normen. Es geht dabei primär um die Entwicklung und Umsetzung neuer sozialer Praktiken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die oft aus der Suche nach einer Lösung für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen entstehen. Daraus ergeben sich meist neue Formen der Kommunikation und Kooperation.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 44)

Diese Definition macht bereits deutlich, dass das Thema soziale Innovation eng mit Suffizienzorientierten Ansätzen verbunden ist, die per se den Menschen, anstatt Techniken oder Materialien, ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Konsistenz und Effizienz sind nichtsdestotrotz ebenso mit veränderten Verhaltensweisen verbunden, wenn beispielsweise im Sinne einer Kreislaufwirtschaft Unternehmen stärker untereinander kooperieren (sollen), um eine Kaskadennutzung ihrer Produkte/Abfälle zu koordinieren. Somit zieht sich das Thema sozialer Innovation im Prinzip durch alle behandelten Ansätze, ob es um „grüne Technologie“ oder „neue Arbeitsmodelle“ geht.

4. Kollaborative Ökonomie – Sharing Economy

Unter der Überschrift „kollaborativer Ökonomie“ fassen Avelino et al. (2015) Ansätze wie „Peer-to-Peer Production“ oder „Sharing Economy“ zusammen. Hinter dem Peer-to-Peer-Begriff steckt die Idee der Subsistenz wie auch der Wirtschaftsdemokratie: KonsumentInnen sollen gleichzeitig auch wieder ProduzentInnen werden, was in dem Begriff des „Prosumenten“ gefasst wird. Im Englischen wird auch von einem „maker movement“ gesprochen (Cohen 2016, S. 71). Ein Beispiel ist das Netzwerk von „Community-fabrication laboratories“ (fab labs), in denen technische Geräte zur Herstel-

lung und Reparatur von ebensolchen bereitstehen (ebd.). Diese sind Teil einer globalen Bewegung lokal verankerter digitaler Werkstätten, welche typischerweise mit high-tech Werkzeugen wie 3D-Druckern oder Laser-Cuttern aber auch Handwerkzeugen ausgestattet sind (Smith 2015). Diese Werkstätten würden es ihren Mitgliedern ermöglichen, alles – von Spielzeugen bis hin zu Windrädern – zu bauen (ebd.). Die gesellschaftliche Tragweite der zugrundeliegenden Ideen wird in dem Vergleich der Entwicklung von den feudalen hin zu kapitalistischen Gesellschaftsformen deutlich: So wie in der ersten Transformation während der Industrialisierung der Übergang von der feudalen in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft von statten ging, sei nun ein ähnlicher Übergang von der bürgerlich-kapitalistischen zu einer peer-to-peer-Gesellschaft möglich (Bauwens 2005 in Hielscher et al. 2015).

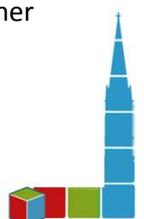
In eine ähnliche Richtung geht das Konzept der „Sharing Economy“ (Avelino et al. 2015). Heinrichs (2013, S. 229) definiert diese anhand von drei Elementen: „1. product service systems (PSS); 2. redistribution markets; 3. collaborative lifestyle“. PSS bedeutet, dass Leute sich eine Dienstleistung kaufen anstatt das entsprechende Produkt zu besitzen (Bsp. Car sharing); ein „Umverteilungsmarkt“ bezieht sich i.d.R. auf Internetplattformen, über die Produkte privat getauscht oder ausgeliehen werden können (anstatt sie zu kaufen). Letzterer Punkt weitet diese Tauschsysteme auch auf nicht Materielles, wie Zeit, Arbeitskraft oder Räume aus („Dienstleistungen“). In allen Fällen kann man zwischen unkommerziellen und kommerziellen („for-profit“) Ausprägungen unterscheiden, was dem Ansatz bereits eine fest etablierte Kontroverse über die Uneigennützigkeit und Ausweitung prekärer Arbeitsformen eingebracht hat (Avelino et al. 2015; Cohen 2016). Der Ansatz bezieht sich in erster Linie auf Privatpersonen als Konsumenten und Unternehmen. Mittlerweile gibt es aber auch Beispiele in denen die öffentliche Hand eine Rolle spielt (Heinrichs 2013) (siehe Kapitel 4).

5. Solidarische Ökonomie

Laut Stocker et al. (2015, S. 31) ist die Grundidee der Solidarischen Ökonomie die „bedürfnisorientierte Produktion und Nutzung jenseits der Verwertungsorientierung nach selbstbestimmt gesetzten Regeln.“ Die Solidarische Ökonomie ist als Sammelbegriff bereits recht etabliert, vor allem durch das Weltsozialforum und andere globalisierungskritische Bewegungen, die sich vor allem in den 1990er Jahren formiert haben (Avelino et al. 2015). „Wegen der ökonomischen Krise der 1980er erlebte die Solidarische Ökonomie vor allem in Brasilien einen enormen Aufschwung. 2003 gründete die Brasilianische Regierung ein eigenes Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie, mit dem Ziel, solidarische Aktivitäten im ganzen Land zu kartieren, um sie mit Förderungen gezielt unterstützen zu können. Heute ist die Solidarische Ökonomie in vielen südamerikanischen Ländern weit verbreitet – im politischen und wissenschaftlichen Diskurs ebenso wie in der Praxis. Im deutschen Sprachraum sind die ersten solidarökonomischen Wurzeln in der Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts zu finden.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 53)

„Solidarisch“ bedeutet, dass sich die Wirtschaftsaktivitäten an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren und ihnen Nutzen stiften sollen. Solidarität steht in der Solidarischen Ökonomie im Gegensatz zu Konkurrenz. Solidarität meint auch die Berücksichtigung zukünftiger Generationen und damit die Erhaltung der Natur. Eine klare Definition, was „solidarisch wirtschaften“ bedeutet, gibt es nicht, aber es lassen sich einige gemeinsame Charakteristika beschreiben; typische Merkmale solidarischer Wirtschaftsformen seien, dass sie (Pirgmaier et al. 2015, S. 52):

- einen Beitrag zum Lebensunterhalt leisten;
- selbstverwaltet sind, d.h. die Produktionsmittel befinden sich im kollektiven Eigentum;



- auf Kooperation und basisdemokratischen Entscheidungsprozessen aufbauen;
- eine solidarische Beziehung zur Gesellschaft herstellen, z. B. durch übergeordnete Verbände und Plattformen.

Es gibt eine Vielzahl an (meist) lokalen Projekten, die mit dem Begriff der solidarischen Ökonomie in Verbindung gebracht werden. Diese reichen „von selbstverwalteten Betrieben, lokalen DirektvermarkterInnen, Tauschringen und fairem Handel über Genossenschaften, Ökodörfer, Regionalwährungen, Garten- oder Wohnraumprojekte, Urban Gardening bis hin zu Open-Source-Projekten und gemeinschaftlich organisierten Gesundheits-, Kultur- und Bildungseinrichtungen“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 52; siehe auch Elsen 2011; Müller-Plantenberg 2007; Giegold und Embshoff 2008).

6. Commons – Commons-based Peer Production

Eng verbunden mit dem Ansatz der Solidarischen Ökonomie und deren Element der Selbstverwaltung (Stichwort: kollektives Eigentum) ist die Commons-Perspektive, d.h. die Fokussierung auf so genannte „Gemeingüter“ (Pirgmaier et al. 2015). Zentral bei dieser Perspektive ist die Kritik von „Privatisierung und Kommerzialisierung gemeinsam genutzter Ressourcen“ (Helfrich und Bollier 2012, S. 16). Wichtig ist hierbei der Begriff der „Einhegung“, d.h. die Enteignung und Privatisierung von Gemeinschaftsbesitz, den schon Karl Marx in der Entstehung der Industrialisierung anschaulich beschrieben hatte. Heutzutage gebe es immer noch fortschreitende Einhegung bspw. in Form der „Entrechtung von Stadtbewohnern, deren Parks und öffentliche Räume in einem unververtretbaren Ausmaß für gewerbliche Zwecke missbraucht werden. Es bedeutet Enteignung von Millionen von Bauern, deren Leben von der gewohnheitsrechtlichen Nutzung ihres Landes abhängt, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es bedeutet, dass Internetnutzern durch sich permanent ausweitende Urheber- und Verwertungsrechte und internationale Verträge Kultur vorenthalten wird. Es bedeutet eine Entmündigung der Bürger in vielen Lebensbereichen.“ (ebd.)

Ihren Proponenten zufolge sollen Commons als „intellektuelles Fundament und politische Philosophie verstanden werden können, die konkrete soziale Praktiken begründen. Man kann die Commons aber auch als (experimentierfreudige) Art und Weise des Seins oder gar als geistige bzw. spirituelle Haltung betrachten. Oder man versteht sie als Weltsicht.“ (ebd.)

Die Konzepte der „commons-based peer production“ (Benkler & Nissenbaum 2006 in Avelino et al. 2015) sowie der „commons creating peer economy“ (Stocker et al. 2015, S. 31) zielen in ähnlicher Weise auf die Formulierung und Wieder-Denkbar-Machung einer Wirtschaft, die auf diesen (vorherig existierenden) Elementen aufbaut. Auch hier zeigen sich wieder Überschneidungen mit davor genannten Modellen, wie beispielsweise der kollaborativen Ökonomie und insbesondere dem Modell der „FabLabs“, da auch diese auf die Schaffung neuer, gemeinschaftlich genutzter und in gemeinsamen Besitz befindlicher Einrichtungen abstellen.

7. Gemeinwohlökonomie

Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist eine soziale Bewegung, die ein gleichnamiges Modell vorschlägt, mit dem Kernziel „wirtschaftliches Handeln stärker mit demokratischen Grundwerten sowie sozialen und ökologischen Zielsetzungen in Einklang zu bringen“ (Sommer et al. 2016, S. 238). Kernelemente sind des Weiteren eine angestrebte Balance von Wettbewerb und Kooperation sowie eine Korrektur der Funktion von Geld als Mittel und Gemeinwohl als Ziel wirtschaftlicher Aktivität (Felber

2014). Wirtschaftlicher Erfolg solle entsprechend neu definiert und gemessen werden: weg vom Finanzumsatz und -gewinn (BIP auf nationaler Ebene, Finanzgewinn auf Unternehmensebene und Return on Investment auf Ebene einzelner Investitionsentscheidung) hin zu Gemeinwohl.

Das wichtigste Instrument hierfür ist die Gemeinwohlbilanz: eine Form der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Organisationsentwicklung, die sowohl für Unternehmen wie auch Gemeinden existiert, und die den Beitrag zum Gemeinwohl anhand von 17 sozial-ökologischen Indikatoren messbar macht (Sommer et al. 2016). Gemäß den Vorstellungen der GWÖ-Bewegung soll die Gemeinwohlbilanz die bestehende Finanzbilanz als Hauptbilanz ablösen und somit die wirtschaftlichen Konsequenzen inklusive der ehemaligen „Externalitäten“ an ebendiese koppeln – beispielsweise über steuerliche Vor- bzw. Nachteile. Diese Orientierung auf eine ordnungspolitische Verankerung der Nachhaltigkeitsberichterstattung ist einer der wesentlichen Unterschiede zu existierenden CSR-Instrumenten (ebd.). Dementsprechend wird die Gemeinwohlbilanz von der GWÖ als „CSR-Instrument der zweiten Generation“ (Felber 2014, S. 41) bezeichnet. Über das Bilanz-Instrument hinaus visiert die GWÖ jedoch vor allem einen demokratischen Prozess zur Verankerung ihrer Ideen an. Entsprechend dieser grundlegenden wirtschaftsdemokratischen Orientierung ist eine Beteiligung an Unternehmen, von Mitsprache bis Miteigentum, ein wichtiger Baustein (Felber 2014).

8. Social Entrepreneurship – Sustainability Entrepreneurship

Ein Ansatz, der ähnlich wie die Gemeinwohlökonomie, auf die Ebene der Unternehmen abstellt, ist jener des „*Social Entrepreneurship*“. Als Social Entrepreneurs werden gemeinhin Unternehmen bezeichnet, die über Profit hinaus mit ihrem Unternehmen einen gesellschaftlichen Beitrag leisten (wollen) (Mair 2010; Ehrenberger 2017). Während beispielsweise die Gemeinwohlökonomie die gesellschaftliche Rolle von Unternehmen gezielt ordnungspolitisch verankern möchte, steht in der Social Entrepreneurship-Literatur und -Praxis in der Regel kein politisches Projekt im Zentrum des Interesses (Dey und Steyaert 2012; Ogbor 2001; Dacin et al. 2011). Daran knüpfen sich auch zentrale Kritikpunkte, unter anderem, dass hierdurch staatliche Sozialleistungen oder auch Umweltschutz, sprich die Verantwortung der öffentlichen Hand, an private Akteure delegiert/abgegeben würde (Mair 2010; Avelino et al. 2017). Entsprechend sind Ansätze des Social Entrepreneurship vor allem in wirtschaftsliberalen Ländern populärer, in denen der Staat entsprechende Rollen nicht oder nur schwach erfüllt (Mair 2010).

Mittlerweile haben sich etliche Wissenschaftler der Weiterentwicklung des Konzept eines „social“ hin zum „sustainability entrepreneurship“ gewidmet (Schaltegger und Wagner 2011; Hörisch 2015; Burch et al. 2016). Derartige Ansätze konzeptualisieren Unternehmer als Akteure in Märkten als quasi-politische Felder (Fligstein 1996), um diese – speziell anhand entsprechend ausgerichteter Geschäftsmodelle – hin zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern zu verändern (z.B. Bocken und Short 2016). Während die Effektivität von Veränderungen bei Großunternehmen logischerweise als größer gilt, hat sich bei der Suche nach neuen Geschäftsmodellen die Rolle von kleinen und mittelständischen Unternehmen als weiterer Schwerpunkt herauskristallisiert, da hier eine höhere Dynamik und damit größere Chancen speziell für soziale Innovationen gesehen werden (Burch et al. 2016; Hockerts und Wüstenhagen 2010).

9. Care-Ökonomie – Feministische Perspektiven

Feministische ÖkonomInnen sehen die vielfältigen sozialen und ökologischen Krisen als Folge der industriekapitalistischen Marktökonomie und insbesondere deren Prinzip der Trennung von ‚Produktion‘ und ‚Reproduktion‘. „Diese Trennung ergebe sich dadurch, dass im ökonomischen Bewertungsprozess nur das als produktiv und daher als gesellschaftlich anerkannt gilt, was einen Marktwert hat. Gleichzeitig stellt die Nutzung der ökologischen Natur und der sozialen Sphäre eine fundamentale Voraussetzung für das Funktionieren ökonomischer Prozesse dar.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 55)

Vor diesem Hintergrund ist in den 1990er Jahren das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ entstanden. „Die geschlechtshierarchische Trennung zwischen Produktion und Reproduktion lasse alles, was nicht auf oder für den Markt geschieht, unsichtbar, wertlos oder unproduktiv erscheinen. Bei dieser Ausgrenzung oder Externalisierung handle es sich nicht um Marktversagen, sondern um ein ‚Prinzip‘, welches die Basis für kapitalistisches Wirtschaften darstelle. Diese systematische Blindheit der Ökonomie gegenüber ihren eigenen Grundlagen wird gemeinsam mit der immanenten Maßlosigkeit der Kapitalverwertung als Ursache der sozial-ökologischen Krise betrachtet.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 55)

Als Antwort wird eine „grundlegende Veränderung von Arbeitsteilung“ gefordert (Haug 2009; Bauhardt 2014). Ein prominenter Ansatz ist die Vier-in-Einem-Perspektive (4in1) von Frigga Haug, der folgende grundsätzliche Überlegungen zugrunde liegen:

„Gehen wir davon aus, dass jeder Mensch etwa 16 Stunden am Tag in die so umfassend gedachte gesellschaftliche Gesamtarbeit einbringen kann, so wird sogleich offenbar, dass das Gerede von einer Krise, weil uns die Arbeit ausgehe, von einem äußerst restriktiven Arbeitsbegriff ausgeht und daran festhalten will, koste es, was es wolle. [...] Für die Reproduktions-Familienarbeit bedeutet dies zualterererst eine Verallgemeinerung. So wie niemand aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sein kann, so auch nicht aus der Reproduktionsarbeit – alle Menschen, Männer wie Frauen können und sollen hier ihre sozialen menschlichen Fähigkeiten entwickeln. Das erledigt den Streit ums Erziehungsgeld, ohne die Qualität der Arbeit, die hier geleistet wird, abzuwerten; ja, im Gegenteil, jetzt erst, in der Verallgemeinerung, statt in der alleinigen Zuweisung auf Frauen und Mütter, kann der allgemeine Anspruch verwirklicht werden, dass diese Arbeit qualifizierte Arbeit ist und also erlernt werden muss, wie andere Arbeit auch.“ (ebd.)

Die vier Arbeitsbereiche, für die für alle Menschen Rechnung getragen werden sollte, sind:

- (1) *Erwerbsarbeit*: Die „Arbeit an den notwendigen Lebensmitteln in der Form der Erwerbsarbeit“;
- (2) *Reproduktions-Arbeit*: Die „Arbeit am Nachwuchs, aber auch an allen anderen, und an sich selbst, gemeinhin Reproduktionsarbeit genannt“;
- (3) *Kultur*: Die Arbeit um „die schlummernden Anlagen zu entwickeln, sich lebenslang lernend zu entfalten, das Leben nicht bloß als Konsument, sondern tätig zu genießen, und damit auch eine andere Vorstellung vom guten Leben entwerfen zu können“;
- (4) *Politik*: Die Arbeit „in die Gestaltung von Gesellschaft einzugreifen, also uns alle politisch zu betätigen“ (ebd.).

10. Machtfokussierte Perspektiven – Öko-Sozialismus – Industrialismuskritik

Eine letzte Gruppe an Konzepten zu neuen Wirtschaftsformen fußt auf einer grundsätzlichen, „radikalen“ Kritik an herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen. „Herrschaftskritische Ansätze betonen, dass die ökologische Krise Resultat einer herrschaftlich strukturierten Gesellschaft ist, die sich nur durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur aufrechterhalten kann. Demnach beeinflussen herrschaftsförmige soziale Strukturen, die beispielsweise durch Staat, Kapitalverhältnis oder Patriarchat geprägt werden, die (Konsum-) Kultur der nördlichen Industriegesellschaften. [...] Um eine ökologische Transformation zu ermöglichen, ist aus Sicht der Herrschaftskritik eine Abkehr von jeglicher Form von Herrschaft notwendig. Der Rückbau von Staat, Kapitalismus, Patriarchat sowie großen Organisationen und ihren immanenten Hierarchien wird als Ausweg aus der ökologischen Krise gesehen. [...] Stattdessen wird die Lösung in selbst verwalteten, lokal und regional orientierten Produktions- und Lebensweisen gesehen, die gemäß dem Prinzip der ‚freien Kooperation‘ netzwerkartig miteinander verbunden sind.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 41)

In einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, welches durch einen Wachstumszwang geprägt ist, besteht jedoch die Befürchtung, dass ein Schrumpfungsprozess zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen würde. Ein friedlicher und demokratischer Übergang in eine stationäre Ökonomie (vgl. Steady State Economy) wäre demnach nur im Rahmen des „Ökosozialismus“ möglich, welcher „die Überwindung des Wachstumszwangs durch Maßnahmen wie der Vergesellschaftung wichtiger Produktionsmittel, wirtschaftlicher Rahmenplanung, egalitärer Verteilung oder arbeitsintensiveren Technologien“ möglich machen soll (ebd.). Ökosozialismus sei dabei jedoch „grundlegend vom Realsozialismus abzugrenzen, wo wie auch im Kapitalismus Umweltzerstörung an der Tagesordnung stand“ (ebd.)⁴. Gesellschaftskritische Aufklärung und Politik müsse vor allem darauf abzielen, die Menschen von der Notwendigkeit und den Vorzügen von Verzicht und Schrumpfung zu überzeugen (ebd.).

Zuletzt gibt es noch den Ansatz einer spezifischen Industrialismuskritik, bei dem eine „Kultur der Genußsamkeit“ im Zentrum steht und der eine starke Gemeinschaftsorientierung propagiert (ebd.). Weiter solle die „Verringerung der Arbeitsteilung und eine lokal orientierte Produktion mit vereinfachten technischen Mitteln [...] es ermöglichen, einen Großteil der Güter des täglichen Bedarfs umweltverträglich und menschenwürdig herzustellen“ (ebd.). Hierzu bedürfe es des Weiteren „nicht ein Zurück zu vormoderner Technik“, sondern zu einer konvivialen Technik (Illich 2009), d.h. Technik, die Arbeit von Menschen erleichtert und wieder zu einer gesellschaftlichen Autonomie über die technologische Entwicklung führt (aktuell hierzu siehe Vetter 2017). „Um diesen Übergang zu bewerkstelligen, bedürfe es der Überwindung des kapitalistischen Industrialismus. Dafür sei jedoch zunächst ein kultureller Wandel notwendig, der bei den Menschen selbst ansetzt, sodass grundlegende menschliche Werte wie Sanftheit und Ganzheitlichkeit wieder zum Vorschein treten.“ (Pirgmaier et al. 2015, S. 43)

Die Ansätze im Überblick

In den Abschnitten davor wurden 10 unterschiedliche Ansätze so genannter „neuer Wirtschaftsformen“ vorgestellt. Diese sollen nun abschließend entlang zentraler „Nachhaltigkeits-Eckpfeiler“ ein-

⁴ Zur Begrifflichkeit und zeitgenössischen *Verwendbarkeit* von „Sozialismus“ als regulativer Idee ist Axel Honneths (2015) Monographie „Die Idee des Sozialismus: Versuch einer Aktualisierung“ aufschlussreich.

geordnet worden. Pirgmaier et al. (2015) teilen in ihrer Überblicksstudie die Ansätze für neue Wirtschaftsformen entlang der Wachstumsfrage ein: solche, die sich auf die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch fokussieren, ohne Wachstum grundsätzlich in Frage zu stellen; solche, welche die Möglichkeit einer Entkopplung grundsätzlich anzweifeln und ein Modell der Wirtschaft vorschlagen, das nicht mehr auf Wachstum angewiesen ist; und solche, die sich wachstumskritisch positionieren, jedoch das Wohlbefinden der Menschen in den Fokus der Suche nach neuen Wirtschaftsformen rücken. Espinosa et al. (im Erscheinen) wiederum ordnen „umweltpolitische Diskurse“ u.a. entlang zweier Dimensionen: erstens, der Orientierung an sozio-ökonomischer Gerechtigkeit und Umverteilung; und zweitens, der Orientierung an Umweltfragen. Basierend auf diesen zwei Arbeiten wurden die obigen Ansätze in Abbildung 1 entsprechend graphisch verortet. Wie eingangs bereits erwähnt, ist diese Aufteilung nicht trennscharf, da sich innerhalb der einzelnen Ansätze Variationen finden lassen und zahlreiche Überschneidungen bestehen.

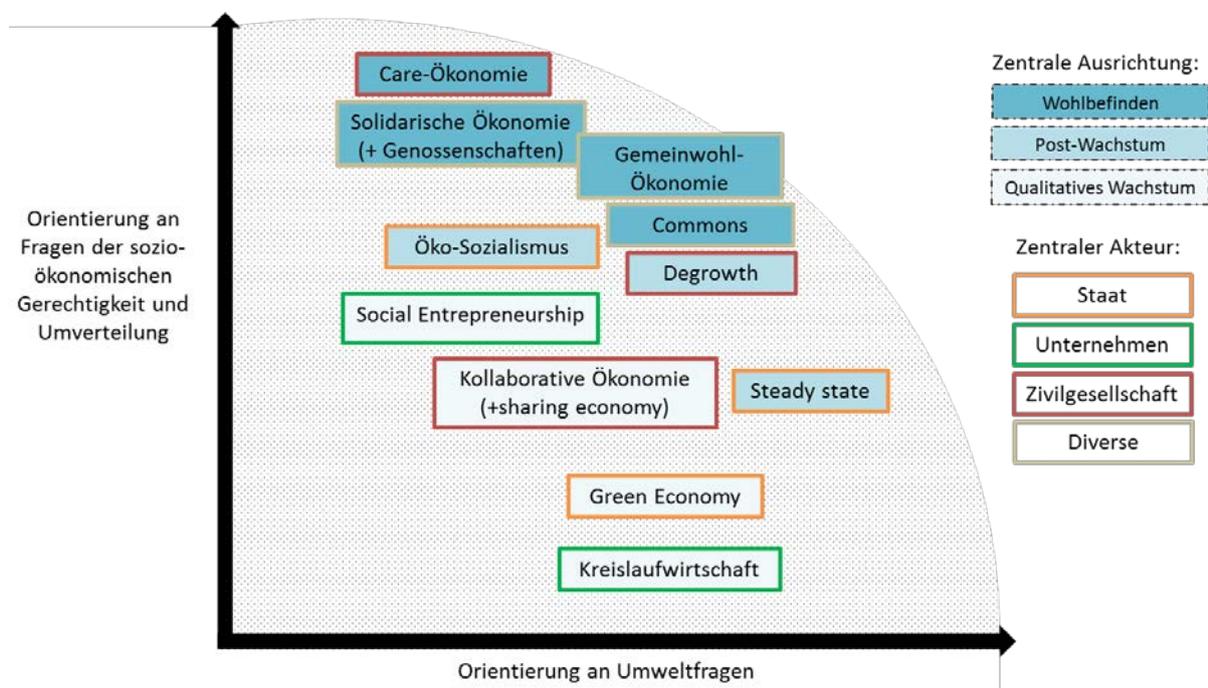


Abbildung 1: Überblick neuer Wirtschaftsformen

Basierend auf Espinosa et al. (im Erscheinen), Pirgmaier et al. (2015)

2.2 Übergreifende Dimensionen neuer Wirtschaftsformen in der Literatur

Wie aus den vorherigen Abschnitten ersichtlich wurde, gibt es zahlreiche Überschneidung zwischen den verschieden betitelten Ideen und Konzepten. Vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte können den drei „Säulen der Nachhaltigkeit“ (Ökologie, Soziales, Wirtschaft) drei etwa deckungsgleiche Handlungsfelder zugeordnet werden, die der Suche nach „neuen Wohlstandsmodellen“ gemein sind. In Anlehnung an Stocker et al. (2015) sollen im Folgenden drei übergreifende Dimensionen neuer Wirtschaftsformen in der Literatur kurz angerissen werden: (i) das Handlungsfeld Arbeit, (ii) das Handlungsfeld Ökologie bzw. Ressourcenverbrauch und (iii) die Rolle von technischer und sozialer Innovation vor dem Hintergrund wettbewerbsbasierter Marktwirtschaften.

Arbeit

Neben der schlichten Notwendigkeit von Arbeit zum Einkommenserwerb kommt beruflichen Tätigkeiten auch die Funktion der Identitätsbildung und Sinnstiftung und damit letztlich der sozialen Integration zu: Arbeit sei die „Voraussetzung, um Anerkennung zu erlangen und an modernen Gesellschaften zu partizipieren“ (Stocker et al. 2015, S. 9; Diefenbacher et al. 2016). Da der Mensch als unmittelbarer Ausgangs- sowie Endpunkt im Zentrum der Betrachtung von Wirtschaftsformen steht, ist die Bedeutung von Arbeit als Substanz der Dimension „Soziale Nachhaltigkeit“ zu unterstreichen.

Als grundlegend können hier die (gewerkschaftliche) Debatte um „gute Arbeit“ und der Rahmen einer „sozialen Marktwirtschaft“ genannt werden (z.B. Müller-Jentsch 2017; Serrano et al. 2011; Poschen et al. 2012). Diese Aspekte finden sich in vielen der oben (unter 2.1) beschriebenen Ansätze – wenn auch in z.T. recht unterschiedlicher Akzentuierung: In der Debatte um eine „Green Economy“ steht die Forderung nach der Erweiterung sozialverträglicher Arbeitsverhältnisse um die Schaffung „grüner Arbeitsplätze“ im Zentrum (siehe Poschen et al. 2012). Aus Post-Wachstums-Sicht wird diese Debatte erweitert, indem der stetige Steigerungstrend von Arbeitsproduktivität als Effekt des Wachstums- und Profitzwangs als systemisches Problem behandelt wird. Die grundlegende Problematik verhalte sich dabei wie folgt: „Unternehmer_innen möchten möglichst viel Mehrwert aus der Arbeitskraft ziehen, Arbeitnehmer_innen ein möglichst hohes Gehalt bekommen. Wirtschaftswachstum ist gerade deswegen so populär, weil es verspricht, diesen permanenten Konflikt durch ein ‚mehr für alle‘ zu entschärfen“ (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2017, S. 13). Die Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolge i.d.R. unter der Vorbedingung einer Nutzungsintensivierung natürlicher Ressourcen, was wiederum die natürlichen „Grenzen des Wachstums“ verschärfe (Stocker et al. 2015, S. 14). Prominent und markant ist der Perspektivenwechsel auf Arbeit auch in feministischen Ansätzen. So sei derzeit „Pfleger- und Hausarbeit nicht so hoch angesehen wie Lohnarbeit, da man dafür kein Geld erhält“ (Stocker et al. 2015, S. 9). Hier setzen die entsprechenden Änderungsvorschläge, wie die 4-in-1-Perspektive an (siehe Kapitel 2.1). Zentral ist das Thema Arbeit schließlich auch hinsichtlich der Subsistenz-Ideen, wie sie prominent in Post-Wachstums-Ansätzen vertreten werden. Ein Vorschlag geht dabei in Richtung eines dualen Versorgungssystems, d.h. arbeitsteilige Beschäftigung in Kombination mit Subsistenzarbeit könnte hier zu suffizienteren Lebensstilen führen (Stocker et al. 2015). Ein neues Bürgertum würde die Wende vom Konsumenten zum „Prosumenten“ (eine Wortkombination aus Produzent und Konsument) vollziehen, die auf Gemeinschaftsnutzung, Nutzungsverlängerung und Eigenproduktion basieren würde (Paech 2016). Der prominenteste Hebel für Veränderung ist hierbei eine Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit. Das Ziel dabei sei einerseits „mehr Menschen am Arbeitsmarkt zu beteiligen, reproduktive Tätigkeiten aufzuwerten und die Lebensqualität zu erhöhen“ (Stocker et al. 2015, S. 48; Costanza et al. 2012, 2017); andererseits aber auch, schlicht die Korrelation von Arbeitszeit zu Einkommen und Konsum hin zu weniger Konsum (d.h. Naturverbrauch) und ergo weniger Arbeitszeit zu lenken (Costanza et al. 2017)⁵. Da weniger Arbeitszeit nicht zwingend kausal mit weniger Konsum verbunden ist, seien entsprechende Bildungs- und Symbol-Elemente (wie der „Prosument“) jedoch flankierend notwendig (ebd.). Eine neue Rolle käme hier auch den Unternehmen zu, welche am „Prosumenten“ als Mitarbeiter orientiert sind – und bspw.

⁵ “[I]f European Union workers worked as many hours as U.S. workers, there would be an 18% increase in energy consumption in the European Union” (Costanza et al. 2017, S. 435).

entsprechende Arbeitszeitmodelle und Produkte als Ausgangspunkt haben (siehe Paech 2016; vgl. Mondragon Genossenschaft in Kapitel 4).

Um derartige Veränderungen auf der Mikro-Ebene zu ermöglichen, so wird argumentiert, seien unterstützende Maßnahmen auf Meso- und Makro-Ebene gefragt. Beispiele hierfür wären ein bedingungsloses Grundeinkommen, Vorzeigemodelle in staatlichen Organisationen sowie diverse Stellschrauben im Steuersystem (Costanza et al. 2017). Ein Vorschlag, der vermeintlich mit allen oben vorgestellten Modellen neuer Wirtschaftsformen vereinbar ist, ist eine sozial-ökologische Steuerreform. Diese hätte das Ziel, „den Faktor Arbeit zu entlasten und Ressourcen zu verteuern“ (Stocker et al. 2015, S. 48). Dahinter steckt die Einsicht, dass Lohnkosten maßgeblich durch „staatliche Abgaben, Steuern und Sozialversicherung“ bestimmt würden, mit dem Effekt eine Arbeitsstunde zu verteuern (ebd.). Daraus ergebe sich ein Zwang, immer mehr zu rationalisieren, sodass sich Effizienz und Produktivität laufend erhöhen. Auf der anderen Seite seien natürliche Ressourcen viel zu günstig. Daher gebe es für ein Unternehmen keinen Grund, mit Ressourcen sorgfältig und sparsam umzugehen. Wenn Ressourcen entsprechend besteuert würden, wären Produktions- und Konsummuster im Sinne einer Kreislaufwirtschaft schlicht rational – Unternehmen, aber auch Bürger als Konsumenten bzw. Prosumenten hätten beispielsweise einen finanziellen Anreiz, ein Gerät zur Reparatur zu bringen oder selber zu reparieren. Diese enge Verzahnung von Arbeit und Ökologie führt damit zur nächsten Nachhaltigkeitsdimension, dem Ressourcenverbrauch.

Ökologie bzw. Ressourcenverbrauch

Umwelt- wie wirtschaftspolitische Prognosen deuten darauf hin, dass global der Ressourcenverbrauch weiter stark steigen werde. Die Gründe dafür lägen einmal in der weltweiten Bevölkerungszunahme, zum Zweiten aber auch im ineffizienten Umgang mit Umwelt und Ressourcen sowie im (nicht entkoppelten) Wirtschaftswachstum (Stocker et al. 2015). Wie in Kapitel 2.1 angezogen, sei eines der zentralen Probleme bei der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch der so genannte „Rebound-Effekt“. Dieser ursprünglich als „Jevons Paradox“ bekannte Effekt bezeichnet das Phänomen, dass Effizienzmaßnahmen insgesamt keine (Ressourcen-)Einsparungen bewirken, da die freiwerdenden Mittel anderweitig reinvestiert werden (Polimeni 2008). Um nun den Rebound-Effekt zu reduzieren, müssten Ressourcen graduell teurer werden, was z.B. durch eine „stärkere Ressourcenbesteuerung bei gleichzeitiger Reduktion der Lohnsteuer passieren“ könnte (Stocker et al. 2015, S. 22f.; Weizsäcker et al. 2010). So könnte eine wirtschaftspolitische Regel lauten, dass der Preis für Energie und Ressourcen jedes Jahr um den Prozentsatz erhöht werden sollte, um welchen die Effizienz im Vorjahr gestiegen ist (ebd.).

Die Diskussion um den Rebound-Effekt steht auch mit Fragen zu suffizienten Lebensstilen in Zusammenhang. So weist Paech (2016) darauf hin, dass man bei der Rebound-Diskussion sowohl die Entstehungsseite als auch die Verwendungsseite miteinbeziehen müsse. Damit sei gemeint, dass „Investitionen in nachhaltige Produktionsanlagen Wachstum generieren, das zu zusätzlichem Einkommen führt, welches wiederum die Nachfrage nach anderen Produkten erhöht und sich auch in zusätzlichem Umweltverbrauch niederschlägt. Daher ziehe auch ein noch so ökologisch effizient produziertes Gut weiteren Ressourcenverbrauch nach sich“ (Stocker et al. 2015, S. 23). Es bedürfe daher eines kulturellen Wandels: „Viele Aspekte des Rebound-Effekts seien mit gesellschaftlicher Anerkennung gekoppelt. Vor allem in denjenigen Gesellschaftsschichten, die noch nicht in den Genuss dieser Anerkennung gekommen sind, werde Statuskonsum weiterhin wesentlich sein“ (Stocker et al. 2015, S. 23; Costanza et al. 2017).

Konsummuster zu verändern ist laut Paech (2016) eine Herausforderung der sozialen Diffusion. Soziale Interaktion sei letztlich das geeignetste „Kommunikationsinstrument“, damit Menschen neue Praktiken kennen lernen, akzeptieren und übernehmen. Nur in einer so genannten „Doing Culture, in sozialen und materialisierten Praktiken, in sinnlicher Erfahrbarkeit liege der Schlüssel ihrer Verbreitung“ (Stocker et al. 2015, S. 24). Diese „Doing Culture“ bedeutet, dass eine sozial-ökologische Transformation vom „Salon-fähig-werden“ (ebd.) einzelner neuer Wirtschaftsformen abhängt, die in Nischen beginnen, aber gesellschaftlich aufgegriffen und hochskaliert werden können (bspw. Geels und Schot 2010).

Wettbewerb, Technik und Innovation

Neben den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit und Ressourcen(verbrauch) spielen in Debatten und Modellen um neue Wirtschaftsformen auch „systemischere“ Fragen eine Rolle, nämlich jene um Fragen des Wettbewerbs, der Rolle von Technik und jener von Innovation. Sie sollen im Folgenden skizzenhaft andiskutiert werden.

Wettbewerbsfähigkeit ist heute eines der wesentlichen wirtschaftspolitischen Ziele. Viele der oben genannten Ansätze (Kapitel 2.1) kritisieren dies mit dem Argument, dass Wettbewerbsfähigkeit eng mit Wirtschaftswachstum – und damit negativen Nachhaltigkeitseffekten – verknüpft sei. Sie fordern deshalb, Wirtschaftspolitik um soziale und ökologische Ziele zu erweitern. Eingebettet ist dies oft in die Philosophie des „dritten Weges“ (vgl. Kapitel 2.1), demgemäß „alternative Verwendungsweisen des Marktes“ erprobt werden sollten (Müller-Jentsch 2016, S. 394; Honneth 2015). So „gebe es Grenzen/Sanktionen für nationale Staatsverschuldung, aber keine für Arbeitslosigkeit. Man könnte sich so ein Benchmarking durchaus auch für sozial-ökologische Parameter vorstellen, die mit Sanktionen verknüpft sind“ (Stocker et al. 2015, S. 33). Die Idee des sozial-ökologischen benchmarkings ist beispielweise sehr deutlich in den Ideen der Gemeinwohlökonomie formuliert.

In Bezug auf die Ambitionen, Marktmechanismen „alternativ“ zu nutzen, ist ein zentrales Anliegen, wirtschaftlichen Erfolg nicht anhand des BIP, sondern mit sozial-ökologischen Parametern, wie z.B. „physikalisch definierten Benchmarks“ (Stocker et al. 2015, S. 45), zu messen⁶. Diese müsse entsprechend gesellschaftspolitisch verhandelt werden, was einen breiten Dialog zwischen Regierungen (auf allen Ebenen, u.a. auch Städte), Unternehmen und Bürgern notwendig macht (vgl. Knaggard und Pihl 2015).

Ein weiterer zentraler Aspekt, wie er sich in vielen der oben genannten neuen Ansätze findet, ist jener der „Regionalisierung“ der Wirtschaft. Gefordert wird zum Beispiel eine „Wiedererstarkung einer Regionalökonomie, die Industrieprodukte veredelt, indem sie die Wertschöpfungskette strukturell, nicht geographisch, verlängert“ (Stocker et al. 2015, S. 34), z.B. durch Ansätze des Second Life, des Remanufacturing oder des Refurbishment. Die Idee einer „Kombination zwischen lokaler, regionaler und globaler industrieller Ökonomie“ (ebd.), geordnet nach dem Subsidiaritätsgedanken, ist gleichermaßen Bestandteil der solidarischen, kollaborativen wie auch der Gemeinwohlökonomie. Das Prinzip „[m]ehr Reparaturen und eine längere Nutzungsdauer sowie Nutzungsintensivierung“ (ebd.) mit dem Ziel erhöhter Ressourcenproduktivität ist aber auch in den Ansätzen der Green Economy und

⁶ Es existiert eine Vielzahl an Vorschlägen für Wohlstandsmessungen jenseits des BIP – seitens der EU, nationaler Kommissionen, Think-Tanks, Wissenschaftler sowie NGOs (siehe Pirgmaier et al. 2015; Diefenbacher et al. 2016).

der Kreislaufwirtschaft enthalten (Loiseau et al. 2016). Lokalisierungs-Strategien sind aber keineswegs unumstritten (siehe Cohen 2016). Die pragmatischste Antwort hierauf lässt sich bei Vertretern der Gemeinwohlökonomie finden: Wenn Welthandel dem Gemeinwohl zuträglich ist, dann ist er vorzuziehen, wenn regionaler Handel dem Gemeinwohl zuträglicher ist, dann ist dieser vorzuziehen (Felber und Hagelberg 2017).

Neben dem Thema „Wettbewerb“ spielt auch die Frage von „**Technik**“ in Debatten um neue Wirtschaftsformen eine zentrale, übergreifende Rolle. Auch hier sind zentrale Kontroversen am Aspekt der Mittel-Zweck-Relation aufgehängt: Während in einer klassischen Perspektive Technologie oft als Mittel zum Zweck des wirtschaftlichen Wachstums gesehen wird (Vetter 2017), wird diese technische Wachstumsorientierung von VertreterInnen alternativer Ansätze durchwegs in Frage gestellt. Technische Verbesserungen werden demnach zwar als nötig aber nicht ausreichend angesehen (Stocker et al. 2015, S. 50f.). Kritisch wird v.a. die naive Vorstellung gesehen, dass ökologische Grenzen durch technische Lösungen „überwunden“ werden könnten (ebd.). Derartige Ansichten glichen einem „Steuerungsoptimismus“ (Beck et al. 2013), der in Bezug auf das Vertrauen in staatliche Handlung auch als „Cockpit-ism“ (Geels 2010; Hajer et al. 2015) gebrandmarkt wird.

Sowohl Wettbewerbsfähigkeit als auch Technik sind schließlich eng mit dem Thema **Innovation** verbunden. Auch hier kritisieren VertreterInnen neuer Wirtschaftsmodelle durchwegs, dass der Fokus bislang zu stark auf technischen Innovationen liege. Gefordert wird einmal ein breiteres Innovationsverständnis, das insbesondere auch soziale Innovationen (sh. Box 2 oben) in den Blick nimmt. Darüber hinaus werden aber auch komplementäre Konzepte in Diskussion gebracht, wie z.B. jenes der „Exnovation“⁷. Exnovation steht dabei für einen Prozess, „der Technologien abschafft und stattdessen für neue Ideen Platz schafft“ (Stocker et al. 2015, S. 38). Das etablierte Innovationsverständnis reiche nicht aus, denn „das Neue führt häufig nur zu einer Ergänzung des Alten und somit fortdauernden Parallelstrukturen“ (Heyen 2017, S. 30), die einer grundlegenden Systemtransformation im Wege stünden (Weber und Unterrainer 2015, S. 3).

Wichtig sei daher wieder eine „aufgeklärte Ermöglichungspolitik“ und die „Etablierung einer Experimentierkultur bei institutionellen und sozialen Innovationen“, da ohne das „Aufzeigen von erfolgreichen, alternativen Entwicklungspfaden innerhalb von Nischen“ kein Veränderungsbedarf eines gesamten Regimes aufgezeigt werden“ könne (Stocker et al. 2015, S. 43; Kemp und Loorbach 2006; Grin et al. 2010). Als eine mögliche Lösung wird der so genannte „Transition Management“-Ansatz gesehen. Hier werden miteinander vernetzte, aber vorrangig lokal bzw. sektorspezifische Experimente für die Erneuerung gesellschaftlicher Strukturen vorgeschlagen (Heinrichs 2013; Loorbach et al. 2015). Diesen Alternativ-Experimenten wäre gemein, dass sie ein breiteres Verständnis von Werten in der Wirtschaft vertreten, selbst-organisierte Strukturen beinhalten, nach nachhaltigen Technologien suchen und „*low-impact but high-quality lifestyles*“ propagierten (Loorbach and Lijnis Huffenreuter, 2013, p. 41).

⁷ Weitere Begriffe sind die „Re-novation“ als „der Versuch, die Nutzungsdauerverlängerung, die Umnutzung, die Konversion usw. an die Stelle der Produktion zu setzen“ (Stocker et al. 2015, S. 38). Und die „Imitation“ als eine Variante, bei der „man Lösungen wiederentdeckt, die vormalig schon existiert haben und die aus Fortschrittsgläubigkeit abgeschafft wurden“ (ebd.).

3. Freiburg und neue Wirtschaftsformen

In Freiburg sind neue Wirtschaftsformen in verschiedenen der oben beschriebenen Ausprägungen bereits seit längerem ein Thema. Im Folgenden wird zunächst überprüft, wie sich den 60 Nachhaltigkeitszielen der Stadt Freiburg verschiedene neue Wirtschaftsformen spiegeln (Kapitel 3.1); darauf aufbauend werden ausgewählte Organisationen und der Aktivitäten kurz vorgestellt (Kapitel 3.2).

3.1 Städtische Ziele mit Bezug zu neuen Wirtschaftsformen

Unter den 60 Nachhaltigkeitszielen der Stadt Freiburg lässt sich eine Vielzahl von Verbindungen zu den geschilderten neuen Wirtschaftsformen herstellen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über eine Auswahl der signifikantesten direkten (in Fettdruck) und indirekten (in Klammern) Verbindungen.

Die Ziele im Politikfeld (PF) Governance (PF 1) weisen keinen direkten Bezug zu einem der referierten Ansätze neuer Wirtschaftsformen auf. Gleichzeitig lässt sich das allgemeine Ziel, eine stärkere Demokratisierung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fragestellungen, im Sinne eines „dritten Weges“ (vgl. Kapitel 2.2), in vielen der referierten Ansätze wiederfinden. Eine gewisse Ausnahme bilden hier gegebenenfalls die stärker technozentrischen Ansätze, wie Green Economy und Kreislaufwirtschaft, die sich generell zu prozeduralen Fragen eher indifferent verhalten. Ein besonderes Augenmerk auf demokratische Prozesse auf Ebene von Städten und Kommunen legt der Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ). Commons-Ansätze und die Solidarische Ökonomie stellen vorrangig auf eine Demokratisierung von Unternehmen und von Gemeingütern via kollektiven Eigentums ab. Ähnlich gelagert sind Ansätze der Industrialismus-Kritik.

PF 2 ist übertitelt mit „Lokales Management für Zukunftsbeständigkeit“. Die darunter gelisteten Nachhaltigkeitsziele nehmen vor allem auf das klassische Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“, wie es auf internationaler Ebene im so genannten Rio-Prozess definiert wurde, Bezug und brechen dieses konkret auf Kontexte und Aktivitäten der Stadt Freiburg herunter. Mit der Bezugnahme zum klassischen Nachhaltigkeitsbegriff, wie er in relativ moderater Form dem Rio-Prozess entstammt, weisen die Ziele einige (indirekte) Parallelen zu Ideen und Prinzipien der Green Economy auf. Dies hat seitens einiger der stärker kritisch orientierten Ansätze zu Vorbehalten geführt, unter anderem weil hier eine weitere Zementierung des Wachstums-Imperativs gesehen bzw. befürchtet wird. Generell ist die Setzung eines nachhaltigkeitsorientierten Leitbilds jedoch implizit in allen der oben referierten Ansätze enthalten. Wie oben erwähnt, nennt insbesondere die GWÖ Kommunen als zentralen Akteur in ihrem Ansatz (ebenso Kooperation als Handlungsprinzip) – folglich bildet das Nachhaltigkeitsziel 2.5 (Kooperation mit Nachbarkommunen) dies am deutlichsten ab.

PF 3 widmet sich dem Schutz und der Erhaltung natürlicher Gemeinschaftsgüter. Während der Gegenstand dieses Ziels, natürliche Lebensgrundlagen, von keinem der referierten Ansätze in Frage gestellt wird, so zeigt sich die stärkste und unmittelbarste Parallelität doch zum Commons-Ansatz, in dem das Konzept der „Gemeinschaftsgüter“ eng mit Fragen des kollektiven Besitzes verknüpft werden. Anders als beim Commons-Ansatz oder der Solidarischen Ökonomie würde im Sinne der Green Economy hier eher von „Naturkapital“ oder der „In-Wert-Setzung“ oder „Ein-Preisung von Natur“ die Rede sein.

PF 4, das sich verantwortungsbewusstem Konsum und verantwortungsbewussten Lebensweisen verschrieben hat, wird ähnlich wie die vorgenannten PF von so gut wie allen beschriebenen Ansätzen anvisiert. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Frage, mit welchen Instrumenten diese Ziele er-

reicht werden sollen. Ähnlich wie bei der Frage der Gemeinschaftsgüter kann hier wieder zwischen zwei Gruppen unterschieden werden: Die eine Gruppe sieht *Suffizienz* als zentrale Nachhaltigkeitsstrategie an; dazu gehört das Gros der wachstumskritischen und Kultur-transformativen Ansätze; die andere Gruppe sieht Suffizienzstrategien als nicht sinnvoll, notwendig oder möglich an; hierzu gehören vor allem die Ansätze der Green Economy und der Kreislaufwirtschaft.

Stadtentwicklung (PF 5) und Mobilität (PF 6) sind zwei Handlungsfelder, in denen keine spezifischen Überschneidungen mit (aber auch keine expliziten Widersprüche zu) den referierten Ansätzen neuer Wirtschaftsformen festgestellt werden können. Während einzelne Ziele, bspw. 5.1 Schrittweise Reduzierung des Flächenverbrauchs, eine wachstumskritische Interpretation zulassen, würden Unterschiede wieder in der Wahl der Maßnahmen zur Zielerreichung liegen. Ebenso generisch ist das Politikfeld der kommunalen gesundheitsfördernden Maßnahmen (PF 7) – gegen das höchstens eine Privatisierungs-Logik stehen könnte. Erneut lässt sich hier eine etwas ausgeprägtere Überschneidung mit der GWÖ feststellen, was letztendlich wohl daran liegt, dass in diesem Ansatz eine spezielle Gemeinde-Bilanz existiert (vgl. Kapitel 2.2), die auch das Thema Gesundheit und Ernährung abdeckt. Ein staatliches Gesundheitssystem wird aber auch in der Solidarischen Ökonomie oder der Logik der Commons als Gemeinschaftsgut festgehalten – ein Standpunkt, der auch in der sozialen Marktwirtschaft weitgehend unbestritten ist.

PF 8 ist dem Thema „Dynamische und zukunftsbeständige lokale Wirtschaft“ gewidmet. Durch den expliziten Wirtschaftsbezug finden sich in diesem PF – wenig überraschen – die meisten und die differenziertesten Bezüge zu den referierten Ansätzen: Alleine durch die Tatsache, dass sich das PF explizit auf die *lokale* Ebene bezieht, zeigen sich besonders markante Überschneidungen mit der Post-Wachstums-, der solidarischen- und der Gemeinwohl-Ökonomie. Gleichzeitig finden sich jedoch auch markante Bezüge zum Paradigma der Green Economy und seiner „Entkopplungslogik“, insbesondere wenn das Ziel formuliert wird, Arbeitsplätze zu schaffen „ohne dabei die Umwelt zu beeinträchtigen“ (Stadt Freiburg im Breisgau 2016, S. 14) (vgl. Kapitel 2.2). Ähnlich ist das Ziel der „Modernisierung“ in 8.1 einzuordnen – wobei die Betonung von Kooperation und Wissensaustausch aber auch ebenso gut in den Ansätzen der GWÖ oder der Commons-Perspektive verortbar sind. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte lässt sich eher einem solidaritätsorientierten Ansatz zuordnen, wenn auch die Thematik der Arbeitsplatzvernichtung durch Digitalisierung und Automatisierung an prominenter Stelle in Ansätzen der Industrialismus-Kritik zu verorten ist. Das Ziel einer gezielten Förderung zukunftsorientierter Unternehmen (8.3) lässt sich sowohl mit Ansätzen der Green Economy, der GWÖ wie des Social Entrepreneurship begründen und legitimieren. Der Aspekt der Regionalität, mit Betonung der Lebensmittelproduktion (Ziel 8.4), deckt sich, wie zuvor erwähnt, besonders mit den Ansätzen der Post-Wachstums- sowie der solidarischen Ökonomie.

PF 9 „Soziale Gerechtigkeit“ lässt sich, wie die meisten PF davor, nicht spezifisch einem Ansatz zuordnen: Das Ziel spielt in so gut wie allen Ansätzen eine prominente Rolle; mit Ausnahme der eher technozentrischen Ansätze. Die Ziele der Chancengleichheit (9.4) und der Mitbestimmung (9.5) sowie das gesamte PF 10 „Bildung“ sind am explizitesten in den Ansätzen der Gemeinwohl- und der Solidarischen Ökonomie sowie der Commons-Debatte anzutreffen.

Zu guter Letzt ist das Politikfeld Klima und Energie (PF 11), mit seinem Fokus auf den Wechsel der Energiequellen sowie derer effizienten Nutzung, am deutlichsten im Ansatz der Green Economy wiederzuerkennen. Das Politikfeld Kultur (PF 12) ist in keinem Ansatz spezifisch hervorzuheben.

Tabelle 1: Schnittstellen der Freiburger Nachhaltigkeitsziele mit neuen Wirtschaftsformen

Freiburger Nachhaltigkeitsziele <i>(nach Politikfeldern, PF)</i>	Bezug zu Ansätzen neuer Wirtschaftsformen <i>(wie in Kapitel 2.1 beschrieben)</i>
<p><i>PF 1. Governance</i></p> <p>Allg.: „mehr direkt-demokratische Mitwirkung“</p> <p>1.2 Die Bürgerbeteiligung erreicht einen Querschnitt der Stadtgesellschaft, nicht nur die bisher politisch aktiven Bevölkerungsgruppen.</p>	<p>(Gemeinwohlökonomie – GWÖ)</p>
<p><i>PF 2. Lokales Management für Zukunftsbeständigkeit</i></p> <p>2.3 Nachhaltige Entwicklung wird durchgängiges Entscheidungsprinzip in der Freiburger Stadtverwaltung und 2.4 bei gemeinderätlichen Entscheidungen.</p> <p>2.5 Kooperation mit Nachbarkommunen sowie nationalen und internationalen Kommunalverbänden.</p>	<p>(Green Economy)</p> <p>(GWÖ)</p>
<p><i>PF 3. Natürliche Gemeinschaftsgüter</i></p> <p>Allg.: „Schutz und die Erhaltung der natürlichen Gemeinschaftsgüter“</p>	<p>Commons</p>
<p><i>PF 7. Kommunale gesundheitsfördernde Maßnahmen</i></p> <p>Allg.: „Schutz und Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden unserer BürgerInnen“</p> <p>7.2 Vollwertige und ausgewogene Ernährung, Sport und Bewegung</p> <p>7.5 Gesundes Wohnen und Arbeiten</p>	<p>GWÖ</p>
<p><i>PF 8. Dynamische und zukunftsbeständige lokale Wirtschaft</i></p> <p>Allg.: „lokale Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, ohne dabei die Umwelt zu beeinträchtigen“</p> <p>8.1 Nutzung der Potenziale der lokalen Forschung für die Modernisierung der regionalen Wirtschaft durch den qualitativen und kooperativen Ausbau des Transfers von Wissen.</p> <p>8.2 Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen für nicht oder nur gering qualifizierte Arbeitskräfte.</p> <p>8.3 Förderung expansionswilliger oder ansiedlungsinteressierter, insbesondere zukunftsorientierter Unternehmen durch Bereitstellung bedarfsnaher und bezahlbarer Gewerbeflächen.</p> <p>8.4 Erhalt und weitere Ansiedlung des qualitativ hochwertigen regionalen Einzelhandels und der regionalen Lebensmittelproduzenten.</p>	<p>(Green Economy, GWÖ, Commons)</p> <p>(Solidarische Ökonomie, Industrialismus-Kritik)</p> <p>(Green Economy, GWÖ, Social Entrepreneurship)</p> <p>(Solidarische Ökonomie, Degrowth)</p>
<p><i>PF 9. Soziale Gerechtigkeit</i></p> <p>Allg.: „Sicherung eines integrativen und unterstützend wirkenden Gemeinwesens“</p> <p>9.4 Chancengleichheit und freien Zugang zu Bildung und bei der Nutzung von Einrichtungen gewährleisten</p> <p>9.5 Teilhabe am gesellschaftlichen Dialog sicherstellen, bürgerschaftliches Engagement, interkulturelles, generationenübergreifendes und alle Gruppen einbeziehendes Zusammenleben und Begegnungsmöglichkeiten fördern.</p>	<p>(Solidarische Ökonomie, Commons)</p>
<p><i>PF 10. Bildung</i></p> <p>Allg.: „Förderung der Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schulen und allen Lebenslagen“</p>	<p>(GWÖ, Solidarische Ökonomie, Commons)</p>
<p><i>PF 11. Klima und Energie</i></p> <p>11.1 Senkung der Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Emissionen.</p>	<p>Green Economy</p>

Legende: fett ... spezifisch zuordenbar; (...) ... indirekt zuordenbar

3.2 Bisherige Aktivitäten im Bereich neuer Wirtschaftsformen

Die Initiative „StadtWandler“ hat unter dem Motto „sichtbar machen. vernetzen. gestalten.“ eine Datenbank mit Karten für sozial-ökologische Initiativen und Unternehmen in Freiburg erstellt. Abbildung 2 gibt einen Überblick bezüglich der Verteilung der dort gelisteten Unternehmen.

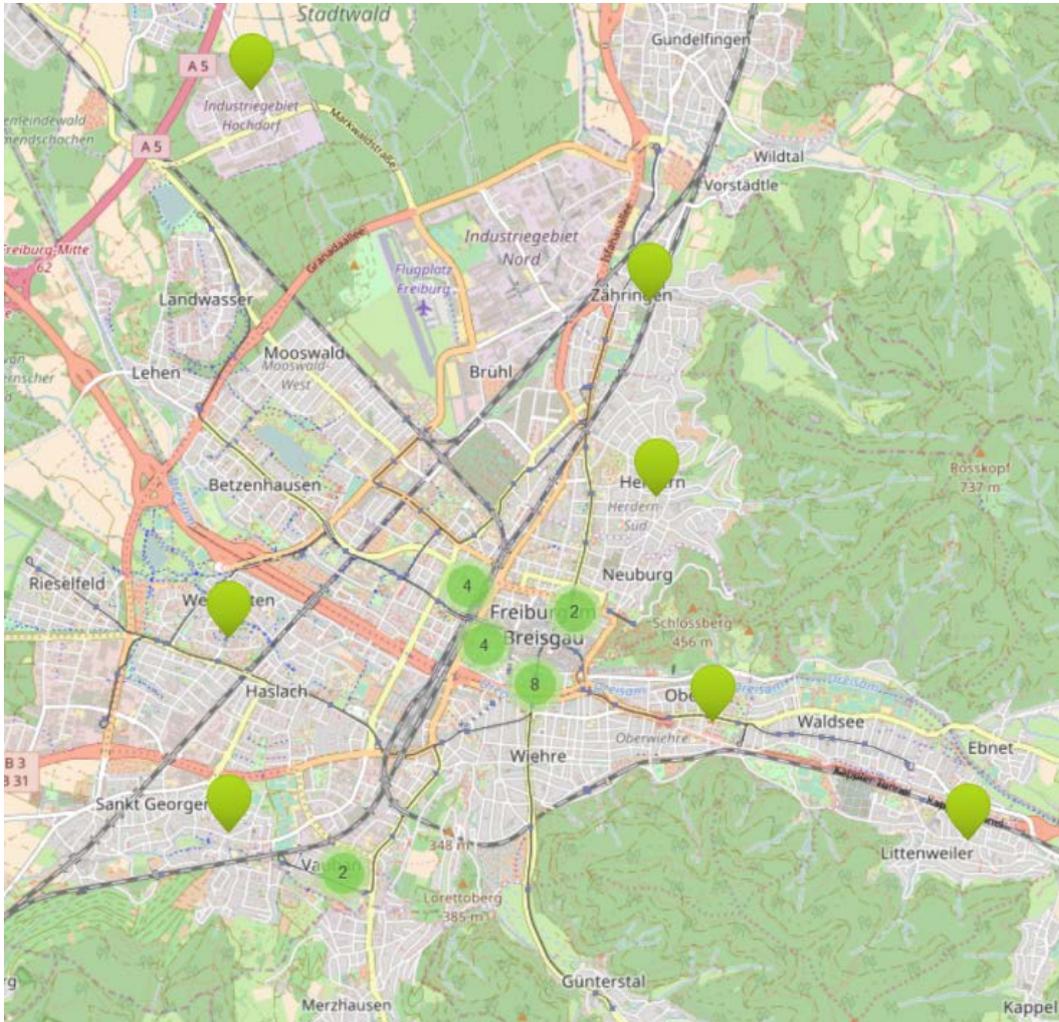


Abbildung 2: Nachhaltige Unternehmen in Freiburg

Quelle: <http://www.stadtwandler.org/businesses-map>

Was „StadtWandler“ deutlich visualisiert, ist, dass Freiburg viele Initiativen aufweist und sich damit wohl viele ehrenamtlich tätige BürgerInnen für Fragen neuer Wirtschaftsformen interessieren und engagieren. Die Gruppe konkreter wirtschaftlicher Akteure und Aktivitäten, die sich mit neuen Wirtschaftsformen in Verbindung bringen lassen, ist jedoch recht überschaubar (vgl. Tabelle 2). Hierzu zählen einmal einige Initiativen, die sich mehr oder weniger explizit auf Ideen der Solidarischen Ökonomie beziehen, wie z.B. diverse FoodCoops sowie die GartenCoop und der Luzernenhof, welche der Kategorie „solidarische Landwirtschaft“ (SoLaWi) zuzuordnen sind. Gemeinsam ist diesen Initiativen, dass sie sich den Prinzipien des kollektiven Eigentums und der Selbstverwaltung verschrieben haben. Ebenfalls lassen sich die Fabrik und diverse Mietshäusersyndikatsprojekte dem Ideenspektrum der solidarischen Ökonomie zuordnen. Die Fabrik, welche 2017 mit dem Freiburger Entrepreneurpreis ausgezeichnet wurde, versteht sich dabei jedoch selber weniger als Unternehmen denn als ganzheit-

liche Einrichtung, die Kultur, Ökologie und Wirtschaft vereinen möchte⁸. Das Miethäusersyndikat ist ein Verbund von (vor allem Wohn-)Häusern in kollektivem Besitz; es verfolgt das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Wohnraum den Märkten – und damit der Gefahr von Spekulationen – zu entziehen. Das mittlerweile deutschlandweit tätige Netzwerk ist in Freiburg entstanden.

Einen anderen Ansatz „neuen Wirtschaftens“ verfolgt der FreiTaler, eine in Freiburg eingeführt Lokalwährung. Diese wurde zivilgesellschaftlich initiiert und wird von einer Vielzahl an Unternehmen akzeptiert. Konzeptionell lässt sich die Idee von Regional- oder Lokalwährungen in verschiedenen Ansätzen (wie in 2.1 beschrieben) verorten, wie z.B. der Post-Wachstums-, der solidarischen oder der Gemeinwohl-Ökonomie.

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung ist in Freiburg sehr präsent und aktiv. Es gibt eine Regionalgruppe sowie zwei Unternehmen, die mit dem Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie arbeiten und entsprechend bilanziert sind.

In Anlehnung an das Konzept der „FabLabs“, und im Zeichen der kollaborativen Ökonomie, ist vor kurzem in Freiburg das so genannte „FreiLab“ entstanden. Es handelt sich dabei um eine offene Werkstatt, die von Fahrradreparaturen bis zum 3D-Drucker und von selbständiger Arbeit bis hin zu angeleiteten Kursen alles ermöglicht. In ähnlichem Stil hat das Netzwerk „Transition Town Freiburg“ beispielsweise drei „Repair Cafés“ – im Rieselfeld, im Grün und in der Vauban – sowie ein Netzwerk von Urban Gardening-Projekten hervorgebracht. Generell werden Transition Town-Initiativen in der Literatur auch dem Degrowth-Spektrum zugerechnet (Longhurst et al. 2016). Teilweise weniger sichtbar aber dennoch vorhanden, sind diverse sharing-Plattformen. In einem Fall wird Privatpersonen über Facebook jeglicher Austausch ermöglicht; zum anderen gibt es diverse Angebote für Car-Sharing und einen LastenVelo (Lastenfahrrad)-Verleih.

Der Grünhof versteht sich als „Inkubator und Heimat für die Startup-, Nachhaltigkeits- und Kreativszene der Region Freiburg“. Er verfolgt explizit einen Innovations-orientierten Ansatz. Ziel ist es, sozial- und/oder ökologisch-orientiertes Unternehmertum zu fördern. Die Sprache des social entrepreneurship ist hier deutlich sichtbar. In ähnlicher Weise basiert das Selbstverständnis der Regionalwert-AG auf der social entrepreneurship-Idee. Die Regionalwert-AG ermöglicht mit „Bürgeraktien“ eine regional angelegte Beteiligung an Unternehmen v.a. in der biologisch-dynamischen Landwirtschaft.

Zu guter Letzt kann auch das Green City Cluster der städtischen Wirtschaftsförderung genannt werden. Hier wird mit Fokus auf Umwelt-, Solartechnik und Energieeffizienz eine „ökologische Modernisierung“ im Zeichen einer Green Economy verfolgt.

⁸ http://www.wrf-freiburg.de/sites/default/files/downloads/news_events/pm_freiburger_entrepreneur_preis_2017.pdf

Tabelle 2: Auswahl von Unternehmen, Initiativen und Projekten im Bereich neuer Wirtschaftsformen.

Name	Webseite
Fabrik für Handwerk, Kultur & Ökologie	http://www.fabrik-freiburg.de/
FoodCoops (Vauban, Zähringen, Waldkirch)	Nicht vorhanden
BienenCoop	http://bienencoop.de/
FreiLab	http://freilab.de/
FreiTaler	http://www.freitaler.com/freitaler/
GartenCoop	http://www.gartencoop.org/tunsel/
Gemeinwohl-bilanzierte Unternehmen	- https://taifun-tofu.de - https://www.mediengenossen.de/
Green City Cluster	http://www.greencity-cluster.de/
Grünhof	https://gruenhof.org/
Luzernenhof	http://luzernenhof.de/
Mietshäusersyndikat	https://www.syndikat.org/de/freiburg-regio/
Regionalwert AG	https://www.regionalwert-ag.de/
Sharing-Plattformen (diverse)	- https://www.stadtmobil-suedbaden.de/ - https://www.freimobil.com/de (VAG) - http://www.lastenvelofreiburg.de/ - informelle Gruppen auf Facebook
Transition Town	http://ttfreiburg.de/
Einzelhandel und Gastronomie (diverse)	/

Basierend auf StadtWandler Freiburg (www.Stadtwandler.org) und eigener Recherche

Im Gegensatz zum Thema Ernährung (siehe Bericht „Regionale Ernährungssysteme“) sind zum Thema neue Wirtschaftsformen keine wissenschaftlichen Studien zu entsprechenden Ansätzen oder Aktivitäten in Freiburg vorhanden. Im folgenden Kapitel werden jedoch ausgewählte nationale und internationale Beispiele referiert.

4. Studien zu neuen Wirtschaftsformen in Städten

Kapitel 4 gibt einen Überblick zur Umsetzung neuer Wirtschaftsmodelle auf städtischer Ebene. Dies geschieht anhand von ausgewählten Fallbeispielen, die jeweils für unterschiedliche Formen neuen Wirtschaftens stehen. Dabei wurden hauptsächlich Fälle aus europäischen Städten aufgegriffen, da hier eine höhere potentielle Übertragbarkeit plausibel scheint. Da einige Initiativen relativ neu sind, war es nicht immer möglich, wissenschaftliche Studien dazu zu finden.

1. Open-Commons-Region, Linz (Österreich)

„Linz ist die Landeshauptstadt von Oberösterreich. Die Stadt mit ihren circa 190.000 Einwohnern wurde lange Zeit vor allem als Industriestadt wahrgenommen“ (Gegenhuber et al. 2012, S. 375). Seit 1979 findet dort die „Ars Electronica“ statt: ein „Avantgarde-Festival, Zukunftsmuseum, Plattform für herausragende Leistungen der digitalen Kunst und ein Labor für Medienkunst, das künstlerisches Fachwissen für Forschungsprojekte zur Verfügung stellt“ (ebd.).

Inspiziert durch die Idee breiter Teilhabe wurden diverse Maßnahmen eingeführt, die die Stadt zu einem Pionier als „Open-Commons-Region“ machen (ebd.). Zu diesen Maßnahmen gehörten:

- Zu Beginn ein so genanntes Hotspots-Projekt, bei dem 119 kostenlose Wi-Fi-Hotspots im öffentlichen Raum (Parks, Büchereien oder Jugendzentren) installiert wurden. Dem öffentlichen Zugang zum Netz folgte „wenig später der öffentliche Zugang zum Webspaces in Form eines Public Space Servers“ (ebd.).
- In einem zweiten Schritt wurden die städtischen Kulturförderrichtlinien angepasst: „Kreative, die Creative-Commons-Lizenzen verwenden, bekommen einen zehnpromzentigen Bonus auf die zugesprochenen Förderungen“ (ebd.).
- Um der Idee ein kohärentes Fundament zu verschaffen, wurden Künstler und andere interessierte Initiativen aus der Zivilgesellschaft von der Stadt eingeladen, um mit Unterstützung der örtlichen Universität „ein Rahmenkonzept für die erste Open-Commons-Region in Europa“ zu erarbeiten (ebd.).

Die konzeptionelle und infrastrukturelle Basis einer Open-Commons-Region sind die „digitalen und frei zugänglichen öffentlichen Güter einer Gesellschaft“ (Gegenhuber et al. 2012, S. 375f.). Damit sind insbesondere kostenlose und offene Software, frei verfügbare (Geo-)Daten sowie Lern- und Lehrmaterialien gemeint (ebd.).

Dies hat auch förderpolitische Implikationen: Bisher wurde Wirtschaftsförderung vor allem für „kapitalintensive Infrastrukturen wie Straßen oder Gebäude“ eingesetzt. In einer Wissensgesellschaft müsse jedoch, so argumentiert man, „mindestens ebenso intensiv in so genanntes ‚intellektuelles Kapital‘, freie und offene Daten und Ideen investiert werden“ (Gegenhuber et al. 2012, S. 376). Zu diesem Zwecke sollen die frei verfügbaren Daten und Informationen eine Basis bieten.

Die Autoren der zitierten Studie nennen drei Empfehlungen für weitere Maßnahmen in diese Richtung:

- Um die Idee der Open Commons bekannt zu machen, sollten Pilotprojekte durchgeführt, eine Marke für die Open-Commons-Region entwickelt und die generelle Öffentlichkeit informiert werden.

- Es könnten Open-Commons-Aktivitäten organisiert, koordiniert und gefördert, sowie eine Einrichtung zur Begleitung und Koordination des Zugangs zu den Datenbeständen der Stadtverwaltung geschaffen werden.
- Es sollte eine „nationale und internationale Vernetzung sowie Zusammenarbeit mit anderen Regionen“ (ebd.) stattfinden, um das Projekt als Teil von etwas Größerem zu forcieren.

2010 wurde in Linz ein Koordinierungs-Büros eingerichtet und 2011 wurde eine „Open-Government-Data-Plattform“ geschaffen, die „es Dritten ermöglicht, die öffentlichen Datenbestände einfacher und produktiver zu nutzen“ (ebd.). Des Weiteren wurde unter dem Namen „Schau.auf.Linz“ ein „geobasiertes Anliegen- und Beschwerdemanagement“ eingeführt, über das „Menschen, ihre Probleme online oder per Mobilfunk [...] melden und den Bearbeitungsstand ihrer Anliegen“ nachverfolgen können (ebd.). Das Projekt sei, trotz einiger Anlaufschwierigkeiten, sehr positiv von der Bevölkerung sowie von Unternehmen aufgenommen worden (ebd.). Inwiefern die Elemente Arbeit und Ressourcennutzung im Sinne der Nachhaltigkeit positive Veränderungen durchliefen, wird in der zitierten Studie nicht erwähnt. Das Entscheidende in diesem Fall ist das Umdenken, die Stärkung des Bewusstseins und die Präsenz im Alltag, in Hinblick auf Gemeinschaftsgüter.

2. Sharing City, Seoul (Südkorea)

Unter dem Label „sharing cities“ haben sich mittlerweile ca. 80 Städte weltweit zu einem Netzwerk formiert. Die Idee dahinter ist, das Konzept der sharing economy auf Städte zu übertragen und dabei vor allem entsprechende Ansätzen der kollaborativen Ökonomie und von peer-to-peer Produktion und Konsum (Longhurst et al. 2016; vgl. Kapitel 2.1) zur Anwendung zu bringen.

Ein herausragendes Beispiel für eine sharing city ist Seoul, die Hauptstadt von Südkorea. Die Stadt mit ihren ca. 10 Millionen Menschen hat sich selbst das ambitionierte Ziel gesetzt, die sharing-Hauptstadt der Welt zu werden. Die Gründe hierfür lägen einerseits in sozialen Herausforderungen, wie einer hohen Selbstmordrate, Vereinsamung und einem schwachen sozialen Zusammenhalt; und andererseits in der Herausforderung, die Stadt umweltverträglicher zu gestalten (Heinrichs 2013; Cohen und Munoz 2016; Agyeman und McLaren 2017).

Um diesen Zielen näher zu kommen, wird seitens der Stadt die Entwicklung von „sharing-Infrastruktur“, wie „co-working spaces“, Wohnanlagen mit gemeinsam nutzbaren Flächen, Auto- und Fahrrad-sharing, aktiv vorangetrieben (Heinrichs 2013, S. 231). Des Weiteren werden von der Politik finanzielle Anreize gesetzt, u.a. durch die Förderung von „sharing economy start-ups“, von Stadtplanung für mehr geteilte (öffentliche und private) Plätze und Informationskampagnen, um die Akzeptanz und den Erfindergeist in und zwischen Unternehmen, Zivilgesellschaft und Verwaltung zu stärken (Heinrichs 2013, S. 231). Eine Dachmarke für sharing-Unternehmen wurde geschaffen und durch ein Online-Verzeichnis und –Portal unterstützt (Agyeman und McLaren 2017, S. 14). Weiterhin gehe die Stadt mit eigenem Vorbild voran, indem städtische Gebäude nach den Arbeitszeiten für die Öffentlichkeit geöffnet werden, sowie mehrere Stadtteile mit Büchereien und Werkzeug-Verleihen ausgestattet werden (Cohen und Munoz 2016, S. 89).

Aus analytischer Perspektive spannend ist hierbei zu sehen, wie eine Logik privaten Interesses mit der eines öffentlichen Interesses hybridisiert wird, z.B. durch Geschäftsmodelle, die gegen Bezahlung ein Produkt oder eine Dienstleistung anbieten, die aber speziell für den Zweck sozialer oder ökologischer Belange entstehen (Agyeman und McLaren 2017, S. 14). Damit handelt es sich hier um einen

Ansatz, der explizit versucht, Prinzipien der eher gemeinwohlorientierten sharing economy mit jenen des eher unternehmensorientierten social entrepreneurship zu verbinden (vg. Kaptitel 2.1).

Ebenso spannend ist hierbei, dass z.B. der Taxianbieter Uber – der meist in einem Satz mit dem Begriff sharing economy auftaucht, aber auch zu den kontroversesten Fällen gehört – in Seoul verboten wurde (Cohen 2016). Die Stadt hat einen öffentlichen sharing-Standard erstellt, dem Uber nicht entsprach (Agyeman und McLaren 2017, S. 23). Dieses Beispiel zeigt damit einen wegweisenden Aspekt auf: Durch die politische Mitgestaltung entsprechender Ansätze *kann* der Zweck „sharing“ in ein öffentlich anerkanntes Ziel überführt werden, womit der Missbrauch der entstehenden Möglichkeiten verhindert bzw. zumindest eingeschränkt wird.

3. Transition Town, Totnes (England)

Die „Transition Town“-Bewegung ist ein Netzwerk von engagierten BürgerInnen, die auf kommunaler Ebene Projekte vor allem in den Bereichen Ernährung, Energie, Finanzen und Transport durchführen. Viele Projekte werden auf Ebene von Nachbarschaften oder Vororten durchgeführt. Der Ansatz ist von einer positiven, konstruktiven Form von Aktivismus geprägt, der eine breit gestreute Kooperation mit Partnern anvisiert.

Die Transition Town-Bewegung ist, was ihre konzeptionelle Basis betrifft, stark von einer grundlegenden Kritik des ökonomischen mainstreams getragen. Generell wird sie eng mit den Ansätzen der Post-Wachstums-Ökonomie in Verbindung gebracht; stark ausgeprägt ist aber auch ihr Fokus auf Aspekte der Regionalisierung, z.B. mit Bezug auf lokale Währungen, lokale Ernährungssysteme (vgl. Bericht „Regionale Ernährungssysteme“), lokale Bürgerenergie-Projekte sowie lokale Eigentumsstrukturen von Unternehmen (Longhurst et al. 2016).

Die Bewegung hatte ihre Geburtsstunde im Jahre 2006 in der Kleinstadt Totnes (ca. 8.000 Einwohner) im Südwesten Englands. Da die „Transition Town Totnes“ oftmals als Vorbild für die Bewegung gilt, wurde sie entsprechend häufig erforscht, und sie wird deshalb auch hier als Beispiel verwendet.

Laut Longhurst und Pataki (2015) kann die Entwicklung der Transition Town Initiative in Totnes in zwei Phasen unterteilt werden: Die erste Phase, die sich ca. von 2006 bis 2010 erstreckt, folgte dem offiziellen Transition Town-Leitfaden, der insgesamt 12 Schritte umfasst: von der Gründung einer Initiativgruppe, Bewusstseinsbildung, Vernetzung und Integration mit bestehenden Gruppen, über Arbeitsgruppenbildung, Durchführung sichtbarer Aktivitäten bis zum Aufbau von Kooperationspartnern in der Verwaltung und schließlich der Erstellung eines Energiewende-Aktionsplans. Die Initiative wurde von einer kleinen Gruppe aktiver Bürger gestartet, allen voran der mittlerweile recht bekannte Rob Hopkins. Aufhänger waren das Thema „Peak Oil“ und die Idee eines Energiewende-Aktionsplans auf lokaler Ebene. Daraus erwuchs die Idee eines Transition-Netzwerks lokaler Initiativen. Es wurden auf Gemeindeebene offene Diskussionstreffen organisiert, die genügend Bürger mobilisierten, um konkrete Projekte umzusetzen. Zu diesen gehörten ganz zentral eine Bürger-Energie-Genossenschaft (Beginn 2006), eine Lokalwährung (2007), ein Nachbarschafts-basiertes Projekt zu Energiesparmaßnahmen (2007) und schließlich die finanzielle Förderung der „Transition Town Totnes“ seitens der britischen Regierung im Rahmen von deren „Low Carbon Communities“-Programms (Longhurst und Pataki 2015, S. 35). Im Anschluss an letzteres wurde der lokale Energiewende-Aktionsplan veröffentlicht.

Die zweite Phase umfasste als 13. Schritt so genannte Katalysator-Projekte. Bezüglich neuer Wirtschaftsformen ist hierbei insbesondere das „REconomy Projekt“ erwähnenswert: Im Jahr 2011 wurde

in Zusammenarbeit von Stadt- bzw. Gemeinderat, Wirtschaftsförderung und (regionaler) Wissenschaft ein Bericht erarbeitet: der „Local Economic Blueprint“. In diesem Bericht wurde das wirtschaftliche Potential der Region abgeschätzt, und es wurden darauf aufbauend mögliche Wege aufgezeigt, um dieses besser zu nutzen (REconomy Centre Totnes 2015). Ziel war es von Anfang an, eine nachhaltigere lokale Wirtschaft aufzubauen; zu deren Umsetzung wurden ein lokales Entrepreneur-Forum und das „REconomy Centre“ errichtet (REconomy Centre Totnes 2015).

Wissenschaftliche Studien zu Transition Town Totnes zeigen sowohl positive wie auch negative Aspekte. In der Studie von Longhurst und Pataki (2015) wurde unter anderem kritisch herausgestellt, dass ehrenamtliche Initiativen häufig mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen haben. Die meisten der Projekte waren ehrenamtlich getragen und von privaten Spenden abhängig. Dies mag für kleine Projekte, wie z.B. urban gardening, nicht unbedingt problematisch sein; für größere Projekte stellt es jedoch ein gewichtiges Entwicklungshindernis dar. Vor diesem Hintergrund mag es wenig verwundern, dass in Totnes später ein größerer Fokus auf transition-fokussierte Unternehmen gelegt wurde.

In der Studie von Longhurst und Pataki (2015) wurde auch kritisiert, dass es zwar einige Leitfäden im Rahmen des Transition Town-Netzwerks gab, jedoch vor Ort kein detaillierter strategischer Plan zu existieren schien, der ein koordiniertes Vorgehen erleichtert hätte. Integration wurde v.a. über starke „Führungs-Charaktere“, die die Initiative anschieben und entwickeln, hergestellt. Dies führt automatisch zu Hierarchien – ob gut oder schlecht.

Kritische Aspekte zeigten sich auch hinsichtlich der inhaltlichen Orientierung der Projekte: Motivation zur Teilnahme erfolgte stark über Fragen der lokalen Identität und einen Ansatz des Wohlergehens der Menschen; Umweltfragen blieben demgegenüber weitgehend ausgespart. Letztendlich wurde die „Repräsentativität“ der Initiative von einigen BewohnerInnen kritisiert, und es kam zur Gründung von zwei Gegeninitiativen: eine Gruppe namens „Take Back Totnes“ sowie ein Internet-Blog „Transition Town Watch“. Im Kern der Auseinandersetzung standen Fragen der lokalen Identität. Seitens der KritikerInnen wurden viele der AktivistInnen in Transition Town als „grüne-alternative Zugezogene“ (Longhurst und Pataki 2015, S. 45) wahrgenommen, welche in den 1970er Jahren eine Gentrifizierung der Stadt bewirkt hätten.

Studien zu Transition Town Totnes stellen aber auch zahlreiche positive Aspekte heraus. So wird z.B. hervorgehoben, dass die Initiative stets die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden gesucht hat, die, mit Ausnahme eines von der konservativen Partei regierten Bezirksamtes, die Initiative unterstützt haben. Des Weiteren herrschte stets gute Zusammenarbeit mit einem regionalen Schulungszentrum für Ökologie, dessen Schüler oft in der Initiative mitarbeiteten und über das gemeinsame Veranstaltungen mit international renommierten Rednern organisiert wurden. Entsprechend wurde die Transition Town-Initiative ein fester Bestandteil der lokalen Öffentlichkeit (Longhurst und Pataki 2015). Insgesamt hat Transition Town Totnes einen sehr kollaborativen Arbeitsstil geprägt und gepflegt: Offene Treffen und Diskussionen haben Beteiligung ausgelöst und ermöglicht (ebd.). Viele Projekte sind aus diesen offenen Runden entstanden. Andersherum haben viele Projekte wiederum Raum für weiteren Austausch und Maßnahmen ermöglicht (z.B. das REconomy Center).

4. Die Hamburger PlanBude, Hamburg (Deutschland)

Die Hamburger PlanBude ist ein Beispiel für partizipative „peer-to-peer“-Stadtplanung. Im Kern der Initiative steht ein politischer Konflikt, nämlich jener zwischen einem „Konzept der unternehmerischen Stadt“ und dem einer „lebenswerten Stadt“, zwischen „Bürgerengagement und offizieller

Stadtadministration“ (Ziemer 2016, S. 312) oder allgemeiner gesprochen, zwischen neoliberaler Logik und neuen Wirtschaftsformen (vgl. Longhurst et al. 2016).

Am Beginn stand die Kritik, dass bürgerliche Initiativen üblicherweise nicht „in die administrativen Abläufe der Stadtverwaltungen integriert“ werden; sie würden vielmehr als „Sonderfälle“ gesehen, „die man möglichst ohne Eskalationen abzuwickeln versucht“ (Ziemer 2016, S. 312). Es käme nur selten „zu einer wirklich konstruktiven Kooperation, die Kommunikation und Prozesse auf beiden Seiten verändert“ (ebd.). Mit der Gründung der Hamburger PlanBude sollte diesen Tendenzen explizit entgegengewirkt werden.

Den Schauplatz lieferten die so genannten Esso-Häuser im Stadtteil St. Pauli, welche an einen Investor verkauft werden sollten. Dieser geplante Verkauf schürte Befürchtungen, dass es zu Veränderungen im Stadtteil kommen könnte, die von vielen nicht gewollt war. Die Folge waren Hausbesetzungen, Räumungen, Kampagnen und ein Menge medialer Begleitung. Entscheidend ist wie mit der Situation dann umgegangen wurde: Es „stellte sich eine bis heute anhaltende Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt der Stadt Hamburg ein, die dazu führte, dass der Investor einen Großteil seiner Vorstellungen anpassen musste“ (Ziemer 2016, S. 314). Letztlich wurde ein partizipativer Prozess eingeleitet, der über einen längeren Zeitraum Befragungen durchführte und Gesprächsmöglichkeiten anbot.

Anstelle klassischer Beteiligungsformen (wie Dialogforen, Bürgerinformationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen), welche „oft nicht funktionieren, wurde mit anderen Settings und Tools experimentiert: Kinder- und Jugendfragebögen wurden in Kooperation mit Schulen bearbeitet und in Knet- (Maßstab 1:500) und Legomodellen (Maßstab 1:150) konnte man Ideen für den Stadtteil formen. Auf Karten standen Fragen zur Beantwortung, wie: Wie sollen die Dächer aussehen? Wie sieht der Spielbudenplatz bei Nacht im Jahr 2020 aus? Es wurden Workshops mit den Titeln ‚Knack den St. Pauli Code‘ oder ‚Mehr haben durch Teilen‘ oder Planungscafés mit den ehemaligen Mieter*innen organisiert oder Fragebögen an die Haushalte in St. Pauli verschickt. Es wurden viele Veranstaltungen mit schon bestehenden Initiativen vor Ort, beispielsweise mit Senioreneinrichtungen, durchgeführt. Zur Verbreitung des Wissens und Herstellung von Öffentlichkeit trug parallel der Dokumentarfilm ‚Buy Buy St. Pauli‘ bei, der die Geschichte der Esso-Häuser aufarbeitete.“ (Ziemer 2016, S. 316).

Folgende Erfolgsfaktoren für das Gelingen dieses Vorgehens werden genannt: (ebd.)

- „Erstens wurden gemeinsam Strukturen ausgehandelt, in deren Rahmen die Zusammenarbeit in Bezug auf Kommunikation und Verhandlungsmöglichkeiten verlaufen sollte“.
- „Zweitens hat der Bezirk die PlanBude während des Beteiligungsprozesses weitgehend selbstständig arbeiten lassen, weil diese eine eigenständige Arbeitsweise als Bestandteil des Auftrages ausgehandelt hatte. Das Modell PlanBude wurde schnell als erfolgreich anerkannt. Daraus resultierte, dass man sich nicht immer absprechen musste, sondern einander vertraute und eigenständig arbeiten ließ.“
- Drittens wurde als Team, im Sinne einer „Gruppe von Individuen, die eine Aufgabe zielorientiert löst“, gearbeitet. Ein entscheidender Moment war hierbei, dass beide „Organisationsformen, Team und Initiative“ ineinander übergegangen sein (Ziemer 2016, S. 317).

Im Ergebnis werden die Esso-Häuser nun „öffentliche Erdgeschosse mit Clubs und Gastronomie, eine Stadtteilkantine, unterschiedliche Gebäudetypen und Dachnutzungen (z.B. mit Sportflächen) und verschiedene Wohnungstypen für sozialen, genossenschaftlichen und freifinanzierten Wohnungsbau“ enthalten (Ziemer 2016, S. 318). Des Weiteren sei ein „Innovations- und Subkulturcluster mit FabLabs, Werkstätten, Proberäumen und Studios für Musiker*innen geplant“ (ebd.). Eine Vielzahl von Elementen neuer Wirtschaftsformen kommt hier also zusammen: von Demokratisierung der

städtischen Regierungsprozesse, über Innovations-Ansätze mit Unternehmen, bis hin zu geteilten und öffentlichen Räumen.

5. FabLab, Ammersfoort (Niederlande)

Für den Ansatz der „commons-based peer production“ (sh. Kapitel 2.1) sei an dieser Stelle das Beispiel des FabLab in Ammersfoort, in den Niederlanden, genannt. Das FabLab zielt darauf ab, ein Experiment für die Entwicklung einer „peer-to-peer society“ zu sein, welche governance-, Eigentums- und Produktionsformen beeinflusst (Hielscher et al. 2015, S. 40). Wie ein Interviewpartner in der Studie von Hielscher et al. (2015) meint: In einer solchen Gesellschaft würden Menschen „less connected to work systems where the economy is driven by growth but rather engage in activities because of personal motivations and interests“.

Ähnlich wie im Fall der Hamburger PlanBude stand am Beginn dieser Initiative ein Konflikt, konkret die Hausbesetzung einer Theater- und Künstlergruppe, die auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten war. Von einem städtischen Festival ausgeschlossen beschloss die Gruppe mit weiteren KünstlerInnen ihr eigenes Festival (am Rande des offiziellen Festivals) durchzuführen. In der Auseinandersetzung mit der Stadt wurden sich die TeilnehmerInnen zunehmend ihrer Selbstwirksamkeit bewusst, und so wuchs ihr Festival zu einer jährlichen Veranstaltung heran. Schließlich wurde ein stillgelegtes Industriegelände von der Stadt angemietet, wo sich diverse kulturelle Gruppen ansiedelten und das Zentrum „De War“ gründeten. Einige der dort aktiven Künstler fingen an, sich für die Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte verstärkt zu interessieren, und sie arbeiteten diese Themen künstlerisch auf – u.a. mit Objekten, die aus „Abfall“-Materialien zusammengesetzt wurden. Daraus entstand schließlich die Idee der Gründung des FabLabs. Nachdem die Kontaktaufnahme mit der lokalen Wirtschaftsförderung nicht erfolgreich war, kaufte die Gruppe, als gemeinsame Privatinvestition, einen gebrauchten „laser cutter“. Inspiriert durch die DIY-Philosophie der FabLabs bauten sich die Beteiligten einen eigenen 3D-Drucker und eine CNC-Fräse. Damit besaß man, nach über 5-jähriger Entwicklung, die Grundausstattung für die Eröffnung eines FabLabs. Über die Zeit hinweg wurden größere Räume belegt, und die Gruppe intensivierte den Kontakt in internationalen Netzwerken.

Aufgrund der Nachhaltigkeits-inspirierten Vorgeschichte wurde ganz bewusst ein Fokus auf das Recycling von Materialien gelegt: „The focus of Fab Lab Amersfoort is on recycling of materials. We want to become a sustainable Fab Lab“ (Interviewpartner in Hielscher et al. 2015, S. 38). Daraufhin wurden weiterführende Kontakte zur lokalen Transition Town-Initiative geknüpft, um die anvisierten Nachhaltigkeitsaspekte stärker in die FabLab-Ansätze einzubringen. Es wurden Synergien entdeckt und schließlich das so genannte Transformations-Lab, niederländisch: Transitielab, gegründet: „There was a Transition Town in Amersfoort, but it was mostly about talking, but doing nothing. So we started Transitielab. For people who wanted to make their own solutions for sustainability“ (Interviewpartner in Hielscher et al. 2015, S. 40). Schließlich wurde dieser Mix aus Forschung und Entwicklung an der Schnittstelle von Technik und Umwelt auch seitens der Universität Ammersfoort aufgegriffen und in das Studium Generale-Programm mitaufgenommen.

Letztendlich fand das zivilgesellschaftliche DIY-Projekt auch Anerkennung seitens der Stadt: „[C]onnections were forged with the local sustainability department within the council and when a project came up to develop sensors to measure various local environmental changes (such as flood levels) De War was asked to conduct the work.“ (ebd.). Dies ist ein gutes Beispiel dafür, inwiefern

Städte durch ihre öffentliche Beschaffung neue Wirtschaftsformen fördern können (siehe auch Kapitel 5).

6. Impact Hubs, Amsterdam und Rotterdam (Niederlande)

Impact Hubs sind ebenso wie das Transition Town- oder das FabLab-Netzwerk lokal verankert und global vernetzt. Anders als bei vorherigen Initiativen ist bei den Impact Hubs der Fokus von vorneherein auf Social Entrepreneurship gelegt (Avelino et al. 2017). Es gibt derzeit ca. 80 Impact Hubs auf fünf Kontinenten und 20 weitere Impact Hubs in Gründung. Alle lokalen Hubs sind Mitglieder in einer globalen Vereinigung. Insgesamt zählt das Netzwerk über 15.000 individuelle Mitglieder, von denen der Großteil Kleinunternehmer sind (ebd.). Wie der Name schon andeutet, ist das Ziel von Impact Hubs, einen positiven Effekt (engl.: impact) auf Gesellschaft und die Umwelt zu haben.

Die interne Funktionsweise der Impact Hubs soll soziale Innovationen und Geschäftsmodell-Innovationen auf folgende Weisen stärken und fördern (Jørgensen et al. 2016): Innerhalb des globalen Netzwerks wird Austausch und Hilfestellung für die einzelnen UnternehmerInnen organisiert. Nach außen werden Kontakte und Austausch mit anderen Organisationen und potentiellen Kapitalgebern ermöglicht. Im Zentrum steht dabei das Fördern von Lernprozessen. Das Teilen von Erfahrungen – positiven wie auch negativen – gilt als zentral, um neue Wirtschaftsformen zu erproben und letztendlich zu etablieren. Hierfür sind auch die für Impact Hubs gewählten Räumlichkeiten, häufig geteilte Arbeitsplätze, ein wichtiger Aspekt.

7. Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie, Berlin (Deutschland)

Ein weiteres Beispiel aus diesem Bereich social entrepreneurship, allerdings ohne entsprechendes anglo-amerikanisch-geprägtes Netzwerk, ist die „Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie“ – kurz: BEST. Diese ist in Berlin Pankow (353.000 EinwohnerInnen) angesiedelt. BEST ist ein Unterstützungsbüro, das das Ziel verfolgt „soziale Unternehmensgründungen in den einzelnen Ortsteilen des Bezirks“ zu fördern, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen (Birkhölzer 2008, S. 175). „BEST ist ein Projekt des Bezirksamts Pankow und wird derzeit aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung EFRE sowie dem Programm ‚Wirtschaftsdienliche Maßnahmen‘ gefördert und vom Bezirk kofinanziert. Das Konzept der Entwicklungsagentur BEST wurde vom Technologie-Netzwerk Berlin e.V. entwickelt und gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat Soziale Stadt, in den Jahren 2002–2004 erfolgreich in drei ausgewählten Quartiersmanagement-Gebieten erprobt.“ (Birkhölzer 2008, S. 175)

Die Arbeit der Agentur besteht in der Wissensvermittlung, der Qualifizierung sowie der Ressourcenvermittlung mithilfe projektbezogener Kooperationen zwischen PartnerInnen, IdeenträgerInnen, ExpertInnen und KlientInnen (ebd.). Der Aufbau Sozialer Unternehmen funktioniert dabei „anders als die Gründung herkömmlicher Unternehmen. Er beginnt mit der Ermittlung der Bedarfslage und knüpft an diese an“ (ebd.). Hierfür werden sieben Schritte genannt (ebd.):

- „Mobilisierung der Betroffenen in den benachteiligten Stadtquartieren;
- Aufbau eines organisatorischen Kerns von GründerInnen in Arbeitsgruppen;
- formelle Gründung der Sozialen Unternehmen;
- Bestimmung der Geschäftsbereiche und Aufnahme von Geschäftstätigkeiten;

- Aufbau und Entwicklung der Geschäftsbereiche;
- Akquisition von Aufträgen und Kapital;
- Aufbau der Holding bzw. des Stadtteilbetriebs“

Im Ergebnis hat BEST in den ersten anderthalb Jahren seines Bestehens „über 250 Beratungen“ durchgeführt (ebd.). Neben der Beratungs- und Entwicklungsarbeit werden regelmäßig „Qualifizierungsworkshops“ zu Themen wie „Wirtschaftsweise von Sozialen Unternehmen, Soziales Marketing und Management, Unterstützungsstrukturen, Kooperation und Vernetzung, Buchhaltung, Finanzierung und Rechtsformen“ veranstaltet (Birkhölzer 2008, S. 176). Des Weiteren werden bestehende Soziale Unternehmen und Gründungsinitiativen „bei der Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Überprüfung der Bedarfslagen, hinsichtlich möglicher Rechtsformen, beim Aufbau von Kooperationsbeziehungen, hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Struktur, bei der Erstellung von Business Plänen und bei der Akquisition von Aufträgen und Kapital“ unterstützt (Birkhölzer 2008, S. 176).

Neben dem Verkauf am privaten Markt, unterstützt die öffentliche Hand diese Unternehmer teilweise durch ihre Auftragsvergabe. Aber auch „Stiftungsgelder, freiwillige unbezahlte Arbeit – auf Gegenseitigkeit – und Spenden“ spielen eine Rolle (ebd.). Insgesamt wird die Entwicklungsagentur BEST als erfolgreich bewertet: „Der Bedarf an Beratung, Unterstützung und Entwicklung ist riesengroß“ (ebd.). Die Ressourcen seien, mit anderthalb Stellenäquivalenten, jedoch begrenzt. Zudem seien die Prozesse der Unternehmensgründung aufwendiger als bei privaten Unternehmen.

Folgende Herausforderungen existierten:

- Akzeptanzprobleme, die sich oft auf den Vereins-Status beziehen oder darin bestehen, dass der Mehrwert der Tätigkeiten nicht (an)erkannt wird;
- mangelnde Berücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe;
- mangelnder Zugang zu Ressourcen (wie Räume, Flächen), da kein Geld vorhanden ist;
- mangelnde Sichtbarkeit des „Sektor[s] der Sozialen Ökonomie mit seinen Leistungen und Potenzialen“ (Birkhölzer 2008, S. 177)

Um diesen Umständen entgegenzutreten, versuche BEST „auf Berliner und Bezirksebene mit einem Bündnis für Soziale Unternehmen und Genossenschaften“ (ebd.) aktiv zu werden. Folglich kann an dieser Stelle wieder auf das Beispiel der Impact Hubs zurückverwiesen werden, die hier ähnliche Anliegen haben und bereits einen Schritt weiter scheinen.

8. Mondragon Cooperative Corporation, Mondragon (Spanien)

Während der Großteil der hier gewählten Beispiele sich im Status von Initiativen oder Pionierprojekten befindet, ist die Mondragon Genossenschaftsgruppe bewusst als Beispiel für einen etablierten und „gereiften“ Fall alternativer Wirtschaftsformen gewählt. Die „Mondragon Cooperative Corporation“ (folgend: Mondragon) ist eine Unternehmensgruppe, die aus mehreren Genossenschaften besteht. Mondragon ist ein transnationales Unternehmen mit ca. 74.000 MitarbeiterInnen und 257 Firmen, inklusive Tochterunternehmen und Unternehmensbeteiligungen, in 60 Ländern. Mondragon ist vor allem im Bereich Maschinen- und Werkzeugbau tätig, von Küchengeräten bis zu Autobauteilen (Kasmir 2016). Mondragon gilt als das vermeintlich erfolgreichste Konstrukt „of employee-owned industrial, retail, service and support cooperatives in the world“ (Gibson-Graham 2003, S. 123). Sie ist

die größte private Firma im Baskenland und die siebt-größte Firma in Spanien (Azkarraga et al. 2012). Der Hauptsitz ist in der gleichnamigen Kleinstadt Mondragon (knapp 22.000 Einwohner) (ebd.).

Mondragon wurde nach dem Franco-Regime von einem katholischen Pfarrer begründet, und sie verfolgt seitdem drei Grundprinzipien: Verteilung von Eigentum, Führung/Autorität und Profiten (Bretos und Errasti 2017, S. 156; Azkarraga et al. 2012). Die Genossenschaften sind im Eigentum der Mitarbeiter und Manager – es gibt keine externen shareholder. Die Genossenschaften sind nicht Teil von Gewerkschaften, sondern haben Sozial-Komitees, die im Rahmen einer Generalversammlung Entscheidungen treffen. Darüber hinaus gibt es einen Genossenschaftskongress, zu dem Delegierte der einzelnen Genossenschaften entsandt werden, um Konzern-weite Entscheidungen zu treffen (Kasmir 2016). Managergehälter sind auf ein 9-faches des durchschnittlichen Lohns beschränkt (ebd.). Zentrale Elemente sind weiterhin, dass Mondragon-Mitglieder eine Arbeitsplatzgarantie haben: In schlechten Zeiten werden Arbeitsplätze erhalten, indem Lohnkürzungen oder Einlagenerhöhungen der Mitglieder beschlossen werden oder Arbeitsplätze in andere Genossenschaften verlegt werden (ebd.).

Das Thema „Genossenschaften“ hat eine lange Geschichte und wird teils als überladen mit wirtschaftspolitischen Bedeutungen betrachtet (Kasmir 2016; Gibson-Graham 2003). Im Kern der Debatte steht dabei die Frage, inwiefern diese Unternehmensform kapitalistische Wirtschaftsformen überwinden kann, indem durch Eigentum und Mitbestimmung das Prinzip „Souveränität der Arbeit über das Kapital“ (Kasmir 2016, S. 54 Übersetzung des Autors) gilt. Diese Debatte lässt sich auch unter dem Stichwort des „Oppenheimer’schen Transformationsgesetz“ oder der „Degenerations-These“ verfolgen – welches (verkürzt) besagt, dass sich Genossenschaften mit der Zeit immer weiter an kapitalistische Unternehmensformen anpassen müssen und somit eine nicht-kapitalistische Unternehmensführung nicht aufrechterhalten können (siehe Lessacher 2013; Oppenheimer 2015; Bretos und Errasti 2017). Genau diese Situation wurde bezüglich des Mondragon-Konzerns untersucht und debattiert und soll an dieser Stelle die Einblicke in die weitere Thematik bereichern.

Azkarraga et al. (2012) halten in der Debatte grundsätzlich fest, dass die große Diversität an Genossenschaften innerhalb Mondragons eine Generalisierung über das Gesamtsystem schwierig macht. Die Debatte selbst dreht sich dabei um die internationalen Tätigkeiten Mondragons und der Feststellung, dass im Rahmen der Globalisierung viele Sub-Unternehmen in „Billiglohnländern“ keineswegs die Prinzipien der Genossenschaften im Baskenland erfüllten und entsprechend eine Abwälzung von sozialen Kosten auf diese Länder stattfände. Somit würde die „Arbeiterklasse“ nur erneut aufgeteilt, und es gäbe solche, die sicher im Mutterkonzern ihre genossenschaftlichen Rechte genießen könnten, während im Ausland konventionelle Arbeits- und Unternehmensmodelle die notwendigen Gewinne produzieren würden.

Die Erkenntnis aus dieser Debatte lässt sich damit zusammenfassen, dass das „Richtige im Falschen“ (Adorno) zu tun eine immense Herausforderung bleibt, selbst im Falle eines so etablierten Unternehmens – oder vielleicht auch gerade in diesem Fall. Die aktuellste Studie von Bretos und Errasti (2017) differenziert hierzu aufschlussreich die Debatte und Gemengelage an Schwierigkeiten im Falle Mondragons. So hätte es seitens Mondragons den Versuch gegeben, im Rahmen eines konzernweiten Programms, Tochterunternehmen stärker nach dem Vorbild der Mutterunternehmen zu strukturieren. Dabei gäbe es grundsätzlich vier Barrieren (Bretos und Errasti 2017):

- Ökonomische Barrieren: Bevor Arbeiter Genossenschaftsmitglieder werden können, müssen sie in ihrem Unternehmen genügend Geld verdienen – das Unternehmen muss profitabel werden.

- Rechtliche Barrieren: Vielen Ländern fehle es an Gesetzgebung, die die Genossenschaftsform ermöglichen bzw. ähnliche Strukturen wie im Baskenland ermöglichen.
- Kulturelle Barrieren: Ein Mangel an genossenschaftlicher Kultur und Haltung.
- Investitions-bezogene Barrieren: Die Angst der Mitglieder im Mutterkonzern, dass sie die Kontrolle über den Gesamtkonzern verlieren, wenn ausländische Mitglieder entsprechende Stimmanteile gewinnen.

9. Transition Neighbourhood, Köln (Deutschland)

Zu guter Letzt sei noch ein niedrigschwelliges Projekt genannt, das in der Stadt Köln stattfand. Ausgangspunkt war hier eine Gemeinwohl- und Commons-inspirierte Denkweise, dass Städte „Public-Citizen-Partnerships“ anstatt „Public-private-Partnerships“ eingehen sollten, um sich „gemeinsam mit der Bürgerschaft für eine Stärkung der lokalen Gestaltungsmöglichkeiten“ einzusetzen (Brocchi 2017, S. 134).

In Köln wurde, im Anschluss an einen Ideenwettbewerb, ein „Tag des guten Lebens“ (TdGL) eingeführt (ebd.). Dieser sollte als „Ritual“ das „Wir-Gefühl“ und die Identifikation mit der Idee der Gemeingüter stärken (Brocchi 2017, S. 138). Im Zentrum stand hierbei das Anliegen, Vertrauen in der Gesellschaft zu fördern. Wie die meisten der hier behandelten Ansätze ist auch dies ein Beispiel für einen lokal verankerten Ansatz.

Der TdGL war als „Labor für neue Formen der politischen Partizipation und Mitbestimmung“ (Brocchi 2012a, S. 28 in Brocchi 2017, S. 139) konzipiert: „An diesem Tag wird möglichst viel Verantwortung auf die Anwohnerschaft übertragen. Jede Nachbarschaft übernimmt die ‚Regierung‘ des eigenen Viertels und gestaltet es in einem gemeinsam definierten normativen Rahmen (z.B. kein Kommerz, keine Autos)“ (ebd.). Dieses Konzept wird jedes Jahr auf einen neuen Stadtteil übertragen, um so die gesamte Bürgerschaft zu mobilisieren und schließlich ein Stadt-weites Format folgen zu lassen.

Im Jahr 2012 lud die Stadt, im Anschluss an besagten Ideenwettbewerb, lokale Organisationen ein, die Initiative zu unterstützen. Es gab unerwartet hohe Resonanz; die prominentesten Unterstützer waren „die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), der ASTa der Universität zu Köln, das Comedia Theater, der StadtRevue Verlag, sowie die Bürgerzentren Alte Feuerwache und Nippes“ (Brocchi 2017, S. 139f.). Aus diesem Kreis ergab sich das „Netzwerk Agora Köln“ als Steuerungskreis und mit gewähltem Beirat. „Schon in den ersten Wochen seines Bestehens beschloss der ‚Beirat‘, keine Förderung von Unternehmen anzunehmen, deren Handeln in klarem Widerspruch zur Nachhaltigkeit steht. Die erste finanzielle Unterstützung für die Agora Köln wurde von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW [...] erbracht, welche den Netzwerkaufbau der Agora Köln mit 9800 EUR subventionierte“ (Brocchi 2017, S. 140).

In Folge wurde ein allgemeines Konzept für den TdGL beschlossen und dieses mehreren Bezirksversammlungen vorgestellt; jedoch ohne Erfolg: Brocchi (2017) schlussfolgert, dass sich fast „alle Parteien [...] sehr schwer [tun] damit, die Freiheitsrechte der Autofahrer auch nur an einem Sonntag pro Jahr zu beschneiden“ (ebd.). Schließlich gelang es, einen Auto-freien Tag in einem Stadtviertel zu organisieren. Der Tag wurde als Event organisiert und die betroffenen Akteure informiert und eingeladen. Im Rahmen dieser Vorbereitungen kam es u.a. zu Nachbarschaftstreffen, um den Tag zu planen. Letztlich wurde auch ein Konzeptpapier mit dem Titel „Verkehr des guten Lebens – Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Köln“ veröffentlicht: „Damit plädierte zum ersten Mal ein breites und buntes Netzwerk von Kölner Organisationen für eine verkehrspolitische Wende in der Stadt“ (Brocchi

2017, S. 144). Der Tag gelang und wurde ein großes kulturelles Fest mit immenser Beteiligung: „Sämtliche Aktionen waren nicht kommerziell“ und das „Universitätsradio KölnCampus begleitete den ganzen Tag mit einer Live-Berichterstattung“ (Brocchi 2017, S. 146).

Seitdem hat es fünf weitere Tage des guten Lebens bzw. Tage der Nachbarschaft gegeben, die insgesamt alle sehr positiv verliefen und aufgefasst wurden. 2016 gehörten „fast 130 lokale Organisationen zur Agora Köln“ – die Initiative habe entsprechend „zivilgesellschaftliche Akteure in der Stadt stärker miteinander vernetzt und neue Akzente in die lokale politische Diskussion eingebracht“ (Brocchi 2017, S. 148).

Der Autor der Studie resümiert, dass diese Veranstaltungen das Bewusstsein und die Befähigung der teilnehmenden Menschen gestärkt hätten. Weiterhin habe „der Erfolg des TdGL nachhaltige Positionen“ in politischen Debatten gestärkt (Brocchi 2017, S. 149). Er habe „gezeigt, dass „Verzicht“ (z. B. auf das Auto) kein Tabu sein muss, sondern selbst als gestalterischer Eingriff dazu dienen kann, Räume für Lebensqualität und kreative Selbstentfaltung zu öffnen“ (ebd.). Fast noch wichtiger sei dabei, dass der Tag als Mittel zum Zweck den Effekt habe, Menschen und Initiativen miteinander zu vernetzen und so ein Bündnis zu schmieden.

5. Handlungs- und forschungsbezogene Zusammenfassung

In den vorherigen Kapiteln wurden verschiedene Ansätze neuer Wirtschaftsformen vorgestellt und mit Beispielen unterlegt. Dabei zeigte sich, die Debatte um „neue“ und „alternative“ Wirtschaftsformen, die ursprünglich stark dualistisch angelegt war und vor allem auf eine Kritik des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems abzielte, heute deutlich stärker aufgefächert ist. So finden sich unter dem Dachbegriff „neuer Wirtschaftsformen“ viele recht unterschiedliche – zum Teil ideologisch widersprüchlicher – Konzepte (vgl. Abbildung 1 auf Seite 11): Ansätze wie die „Kreislaufwirtschaft“ weisen zum Einen zwar einen prononcierten Umweltbezug auf, sie nehmen aber oft nur marginal auf soziale Aspekte Bezug, sind einem eher wachstumsoptimistischen Paradigma verschrieben und sehen wohl dementsprechend auch v.a. unternehmerische Akteure als zentrale Triebfedern für Veränderung an. Dem fast diametral gegenüber finden sich Ansätze wie jener der „Care-Ökonomie“, die – oft aus einer feministischen Perspektive – soziale und ökologische Krisen als Resultat einer industriekapitalistischen Marktökonomie sehen, die dementsprechend wachstumskritisch sind und Reformpotentiale v.a. im Kreise zivilgesellschaftlicher Akteure sehen.

Trotz der oben beschriebenen Diversität an Ansätzen zeigen viele der referierten Studien doch markante Gemeinsamkeiten auf: So wird fast durchgehend betont, dass es zentral sei, den lokalen Kontext als Startpunkt genau zu betrachten und hier die verschiedenen Akteure und ihre Interessen und Möglichkeiten aufzugreifen. Ebenso sei es empfehlenswert, mehrere solcher Transformationspfade parallel zu eröffnen, um entsprechende Dynamiken zu erhöhen und Ausweichmöglichkeiten im Falle von Misserfolgen bereit zu halten (z.B. Heinrichs 2013).

Der in Kapitel 2.2 angedeutete Transition Management-Ansatz sei an dieser Stelle als mögliche konzeptionelle Klammer vorgestellt. Dem Transition Management-Ansatz liegt die Logik zugrunde, dass Neues zuerst in Nischen entsteht, während Etabliertes als so genanntes Regime die „Normalität“ beherrscht. Im Rahmen von „transition arenas“ (Loorbach et al. 2015) werden auf Basis sozialer, geographischer oder inhaltlicher Zusammenhänge alle relevanten Akteure zusammengeführt – darunter gezielt sowohl die Nachhaltigkeits-Pioniere als auch die mächtigen, etablierten Akteure. Zwischen diesen Akteuren wird eine Vision erarbeitet und ein Veränderungsprozess nach dem Motto „learning by doing – doing by learning“ (Rotmans und Loorbach 2010) initiiert, der stets moderiert und begleitet wird (ergo: Management). Die Förderung und der Schutz von derartigen Nischen, inspiriert von der Produktentwicklung in privaten Firmen, spielt dabei eine zentrale Rolle.

Abbildung 3 verbildlicht die Denkgebäude von Transition Management in Bezug auf neue Wirtschaftsformen. Dabei macht die Abbildung deutlich, dass Systemtransformationen in drei verschiedenen Ebenen, die zusammenspielen müssen, gedacht wird. Über den Ebenen der Nischen und der Regime wurde hier noch die Kultur als Überbau eingefügt. In den Primärquellen wird hier metaphorisch von einer „Landschafts-Ebene“ gesprochen, die Ereignisse jenseits von Akteurs-spezifischen Handlungsspielräumen darstellt (z.B. Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen) (Geels und Schot 2010). In der Darstellung von Narberhaus und Sheppard (2015) wird diese als Kultur, im Sinne von gesellschaftlichen Wertesystemen und kognitiven Strukturen (vgl. „mentale Infrastruktur“, Welzer 2011; Sommer und Welzer 2014) skizziert.

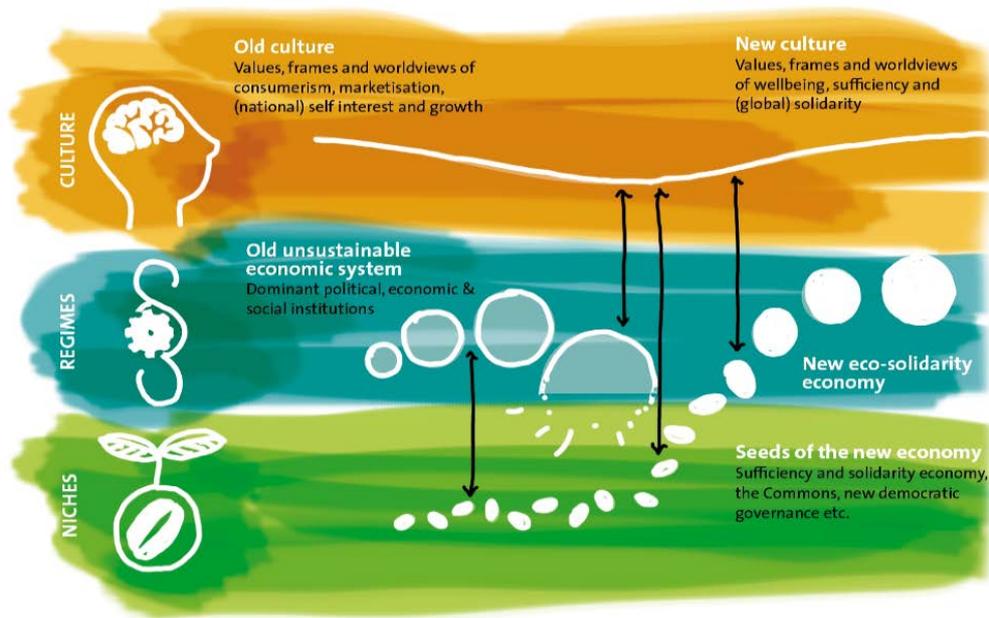


Abbildung 3: Die Multi-Level-Perspektive

Aus: Narberhaus und Sheppard 2015, S. 35, basierend auf Geels 2002; Geels und Schot 2010

Welche handlungsbezogenen Schlussfolgerungen lassen sich nun aus der Transition Management-Perspektive ziehen? Für zivilgesellschaftliche Initiativen ist es wichtig, Verbindungen zu schaffen, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu suchen und sich gegenseitig in der Erreichung der eigenen Ziele zu unterstützen. Vielen Initiativen, vor allem im Bereich der Solidarischen Ökonomie, haben dabei einen Lernprozess durchlaufen: vom Anspruch „Alle machen alles“ zu der Erfahrung „Alle können zwar alles gemeinsam besitzen, aber nicht alles machen“ (Giegold und Embshoff 2008, S. 190). Dies spiegelt sich auch explizit in den Schilderungen der Hamburger PlanBude (sh. Kapitel 4) wider. Ebenso zentral ist die Feststellung: „Solidarisches Wirtschaften funktioniert zwar ohne Profitorientierung, aber nicht ohne wirtschaftlichen Erfolg“ (Giegold und Embshoff 2008, S. 191). Daraus folgt für Unternehmen beispielsweise, dass es wichtig ist, eine klare Kommunikation von sozial-ökologischen Zielen anhand des eigenen Geschäftsmodells vorzunehmen, um so Synergien mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, der öffentlichen Hand und bestehenden Wirtschaftsakteuren zu erleichtern.

Für Verwaltung und Politik ist die Ermöglichung von neuen Wirtschaftsformen durch Abbau von (administrativen) Hürden sowie durch die Unterstützung mit Ressourcen eine naheliegende Rolle. Kopatz (2015) schlägt hierzu eine „Wirtschaftsförderung 4.0“ vor (siehe Abbildung 4): „Bis heute bilden der Clusteransatz, regionale Innovationssysteme oder Technologiezentren den gängigen Orientierungsrahmen für Wirtschaftsförderung. Diese ist auf die Steigerung von (globaler) Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft ausgerichtet. Die systematische Förderung kooperativer Wirtschaftsformen [...] wäre ein völlig neues Aktivitätsfeld“ (Kopatz 2015, S. 106). Hierzu werden fünf Tätigkeitsfelder vorgeschlagen:

- (1) Kollektive Formen der Produktion und des Leistungsaustauschs
- (2) Formen gegenseitiger Hilfe und Kooperation & alternative Wohnformen
- (3) Sharing Economy
- (4) Formen des komplementären Leistungsaustauschs

(5) Förderung von resilienten Unternehmen

Diese Tätigkeitsfelder spiegeln gleichermaßen auch die Spannweite der Fallbeispiele (siehe Kapitel 4) wider: von den FabLabs, ImpactHubs und Genossenschaftsmodellen, die auf kollektiven Formen der Produktion und des Leistungsaustauschs aufbauen, über Fälle, in denen Kooperation für ein gelingendes Zusammenleben im Zentrum steht (BEST, Hamburger PlanBude), bis hin zu stärker unternehmerischen Formen, die die Logik des Tauscherts um soziale Werte erweitern und in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand diese erweiterte wirtschaftliche Tätigkeit entfalten (Sharing City Seoul, Transition Town).

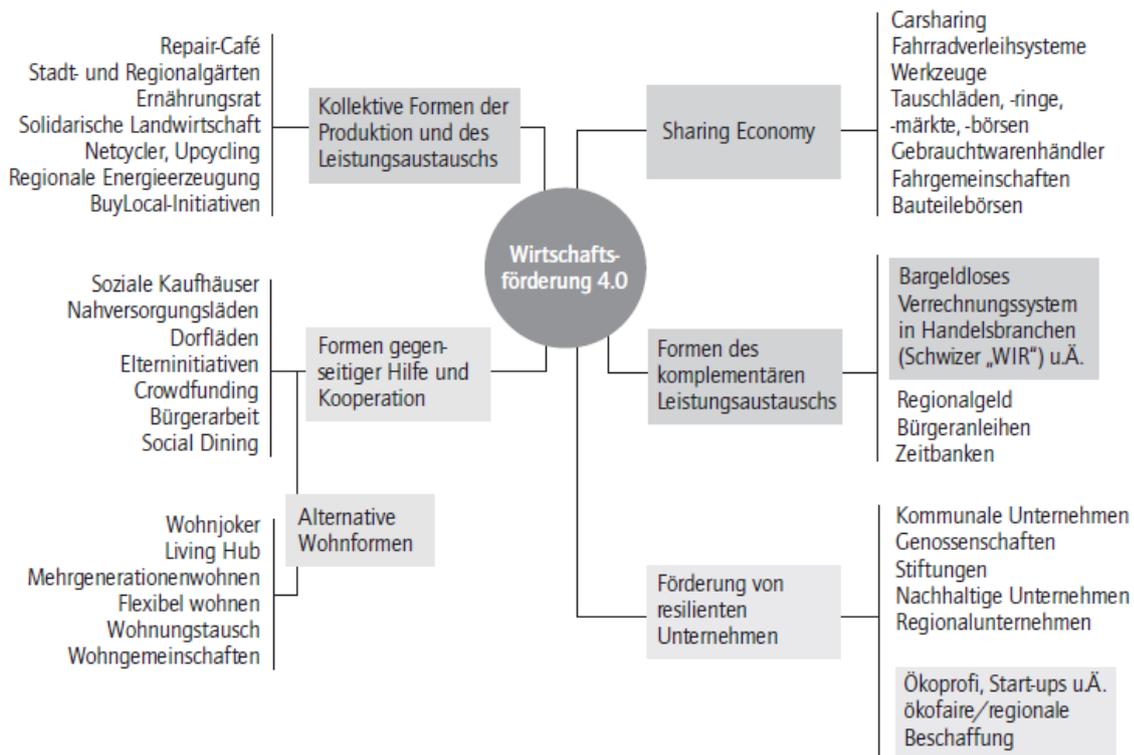
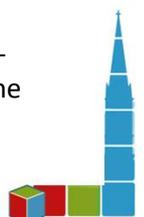


Abbildung 4: Gestaltungsfelder der Wirtschaftsförderung 4.0

Aus: (Kopatz 2015, S. 106)

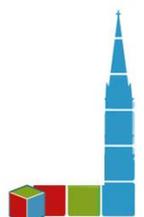
Literaturverzeichnis

- Agyeman, Julian, und Duncan McLaren. 2017. Sharing Cities. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development* 59(3), 22–27. DOI: <https://doi.org/10.1080/00139157.2017.1301168>.
- Altwater, Elmar. 2014. Eine Vorbemerkung zur Debatte. In *Weil Kapitalismus sich ändern muss*, 7–20. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-01384-4_1, letzter Zugriff am 17.5.2017.
- Asara, Viviana, Iago Otero, Federico Demaria, und Esteve Corbera. 2015. Socially sustainable degrowth as a social?ecological transformation: repoliticizing sustainability. *Sustainability Science* 10(3), 375–384. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-015-0321-9>.
- Avelino, Flor, Rick Bosman, Niki Frantzeskaki, Sanne Akerboom, et al. 2014. *The (Self-) Governance of Community Energy: Challenges & Prospects*, DRIFT PRACTICE BRIEF, Rotterdam: DRIFT abrufbar unter: https://www.drift.eur.nl/wp-content/uploads/2017/03/PracticeBrief_CommunityEnergy_DRIFT_2014-1.pdf, letzter Zugriff am 18.5.2017.
- Avelino, Flor, Adina Dumitru, Noel Longhurst, Julia Wittmayer, et al. 2015. *Transitions towards New Economies? A Transformative Social Innovation Perspective*, Working Paper #3, abrufbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Carla_Cipolla/publication/291345747_Transitions_towards_new_economies_A_transformative_social_innovation_perspective/links/573ddfd808ae298602e6d1b5.pdf, letzter Zugriff am 2.8.2016.
- Avelino, Flor, Julia M. Wittmayer, Bonno Pel, Paul Weaver, et al. 2017. Transformative social innovation and (dis)empowerment. *Technological Forecasting and Social Change*. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2017.05.002>.
- Azkarraga, Joseba Etxagibel, George Cheney, und Ainara Udaondo. 2012. Workers' Participation in a Globalized Market: Reflections on and from Mondragon. In *Alternative Work Organizations*, Hrsg. Maurizio Atzeni, 76–102. London: Palgrave Macmillan UK abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1057/9781137029041_4, letzter Zugriff am 19.6.2017.
- Bauhardt, Christine. 2014. Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective. *Ecological Economics* 102, 60–68. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2014.03.015>.
- Beck, Silke, Stefan Böschen, Cordula Kropp, und Martin Voss. 2013. Jenseits des Anpassungsmanagements: Zu den Potenzialen sozialwissenschaftlicher Klimawandelforschung Beyond Adaptation Management. What Role(s) for Social Sciences in Research on Climate Change? *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 22(1), 8–13. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.22.1.4>.
- Birkhölzer, Heike. 2008. Die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow. In *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus: in Kooperation mit der „Bewegungsakademie“ und der „tageszeitung“*, Hrsg. Sven Giegold, und Dagmar Embshoff, 175–78. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bocken, N.M.P., und S.W. Short. 2016. Towards a sufficiency-driven business model: Experiences and opportunities. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 18, 41–61. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2015.07.010>.
- Brand, Ulrich. 2015. Schöne grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_d_t_10-2015.pdf, letzter Zugriff am 10.6.2017.
- Brand, Ulrich. 2016. "Transformation" as a New Critical Orthodoxy: The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crises. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 25(1), 23–27. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.25.1.7>.
- Bretos, Ignacio, und Anjel Errasti. 2017. Challenges and opportunities for the regeneration of multinational worker cooperatives: Lessons from the Mondragon Corporation? a case study of the



- Fagor Ederlan Group. *Organization* 24(2), 154–173. DOI: <https://doi.org/10.1177/1350508416656788>.
- Brocchi, Davide. 2017. Transition Neighbourhoods. In *Die Experimentalstadt*, Hrsg. Julia-Lena Reinermann, und Friederike Behr, 132–164. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden abrufbar unter: <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-14981-9>, letzter Zugriff am 12.6.2017.
- Burch, Sarah, Mark Andrachuk, Dustin Carey, Niki Frantzeskaki, et al. 2016. Governing and accelerating transformative entrepreneurship: exploring the potential for small business innovation on urban sustainability transitions. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 22, 26–32. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.04.002>.
- von Busch, Otto. 2016. Open-Source-Realismus. Oder: Offen zu welchem Zweck? In *Die Welt reparieren: Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*, Hrsg. Christa Müller, Karin Werner, Andrea Baier, und Tom Hansing, 138–142. Bielefeld: Transcript abrufbar unter: https://content-select.com/media/moz_viewer/56d580e9-4aa4-4efd-9da3-3563b0dd2d03/language:de#.
- Callon, Michel. 2006. What does it mean to say that economics is performative? In *CSI WORKING PAPERS SERIES 005*, CSI WORKING PAPERS SERIES 005 abrufbar unter: <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00091596/document>, letzter Zugriff am 30.5.2017.
- Cohen, Boyd, und Pablo Munoz. 2016. Sharing cities and sustainable consumption and production: towards an integrated framework. *Journal of Cleaner Production* 134, 87–97. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2015.07.133>.
- Cohen, Maurie J. 2016. *The Future of Consumer Society: Prospects for Sustainability in the New Economy*, Oxford University Press abrufbar unter: <http://www.oxfordscholarship.com/view/10.1093/acprof:oso/9780198768555.001.0001/acprof-9780198768555>, letzter Zugriff am 11.6.2017.
- Costanza, Robert, Gar Alperovitz, Herman E. Daly, Joshua Farley, et al. 2012. *Building a Sustainable and Desirable Economy-in-Society-in-Nature*, New York: United Nations Division for Sustainable Development abrufbar unter: https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/Building_a_Sustainable_and_Desirable_Economy-in-Society-in-Nature.pdf, letzter Zugriff am 27.6.2017.
- Costanza, Robert, Gar Alperovitz, Herman Daly, Joshua Farley, et al. 2017. Building a Sustainable and Desirable Economy-in-Society-in-Nature. In *Green Economy Reader*, Hrsg. Stanislav Shmelev, 367–454. Cham: Springer International Publishing abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-319-38919-6_16, letzter Zugriff am 29.6.2017.
- Czada, Roland. 2010. Erfolg ohne Nachahmer. Warum Wirtschaftsdemokratie für viele ein Schreckgespenst bleibt? *Zeitschrift für Personalforschung*(3), 300–307. DOI: https://doi.org/10.1688/1862-0000_ZFP_2010_03_Diskurs.
- Dacin, M. Tina, Peter A. Dacin, und Paul Tracey. 2011. Social Entrepreneurship: A Critique and Future Directions. *Organization Science* 22(5), 1203–1213. DOI: <https://doi.org/10.1287/orsc.1100.0620>.
- Dey, Pascal, und Chris Steyaert. 2012. Social entrepreneurship: critique and the radical enactment of the social, Hrsg. Simon Teasdale. *Social Enterprise Journal* 8(2), 90–107. DOI: <https://doi.org/10.1108/17508611211252828>.
- Diefenbacher, Hans, Oliver Foltin, Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, et al. 2016. *Zwischen den Arbeitswelten: der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft* Originalausgabe., Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.
- Ehrenberger, Marcus. 2017. *Corporate Social Entrepreneurship: Prozess und Form ökonomischer Organisation zur Kreation sozialunternehmerischer Opportunitäten*, Weimar (Lahn): Metropolis.
- Elsen, Susanne. 2011. *Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens: Perspektiven und Ansätze der ökosozialen Transformation von unten*, AG SPAK Bücher.
- Espinosa, Christina, Michael Pregernig, und Corinna Fischer. im Erscheinen. *Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

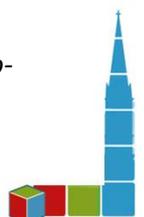
- Felber, Christian. 2014. *Die Gemeinwohl-Ökonomie: eine demokratische Alternative wächst* 2. Aufl., Wien: Deuticke.
- Felber, Christian, und Gus Hagelberg. 2017. The Economy for the Common Good. A workable, transformative ethics-based alternative. abrufbar unter: <http://thenextsystem.org/the-economy-for-the-common-good/>, letzter Zugriff am 11.6.2017.
- Fligstein, Neil. 1996. Markets as Politics: A Political-Cultural Approach to Market Institutions. *American Sociological Review* 61(4), 656. DOI: <https://doi.org/10.2307/2096398>.
- Fudge, Shane, Michael Peters, und Bridget Woodman. 2016. Local authorities as niche actors: the case of energy governance in the UK. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 18, 1–17. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2015.06.004>.
- Fukuyama, Francis. 1992. *The End of History and the Last Man*, New York: The Free Press.
- Geels, Frank W. 2002. Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. *Research Policy* 31(8–9), 1257–1274. DOI: [https://doi.org/10.1016/S0048-7333\(02\)00062-8](https://doi.org/10.1016/S0048-7333(02)00062-8).
- Geels, Frank W. 2010. Ontologies, socio-technical transitions (to sustainability), and the multi-level perspective. *Research Policy* 39(4), 495–510. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.respol.2010.01.022>.
- Geels, Frank W., und Johan Schot. 2010. The Dynamics of Transitions: A Socio-Technical Perspective. In *Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*, Hrsg. John Grin, Jan Rotmans, und Johan Schot, 10–101. New York, NY: Routledge.
- Gegenhuber, Thomas, Nauman Haque, und Stefan Pawel. 2012. Linz: Von der Stahlstadt zur Open-Commons-Region. Wie eine Kommune von einem Bekenntnis zur Allmende profitieren kann. In *Commons: für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Hrsg. Silke Helfrich, und Heinrich-Böll-Stiftung, 375–377. Bielefeld: Transcript.
- Geissdoerfer, Martin, Paulo Savaget, Nancy M.P. Bocken, und Erik Jan Hultink. 2017. The Circular Economy ? A new sustainability paradigm? *Journal of Cleaner Production* 143, 757–768. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2016.12.048>.
- Gibson-Graham, J.K. 2003. Enabling Ethical Economies: Cooperativism and Class. *Critical Sociology* 29(2), 123–161. DOI: <https://doi.org/10.1163/156916303769155788>.
- Gibson-Graham, J.K. 2008. Diverse economies: performative practices for 'other worlds'. *Progress in Human Geography* 32(5), 613–632. DOI: <https://doi.org/10.1177/0309132508090821>.
- Giegold, Sven, und Dagmar Embshoff (Hrsg.). 2008. *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus: in Kooperation mit der „Bewegungsakademie“ und der „tageszeitung“*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Grin, John, Jan Rotmans, und Johan Schot (Hrsg.). 2010. *Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*, New York, NY: Routledge.
- Hajer, Maarten, Måns Nilsson, Kate Raworth, Peter Bakker, et al. 2015. Beyond Cockpit-ism: Four Insights to Enhance the Transformative Potential of the Sustainable Development Goals. *Sustainability* 7(2), 1651–1660. DOI: <https://doi.org/10.3390/su7021651>.
- Hall, Peter A., und Daniel W. Gingerich. 2009. Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Political Economy: An Empirical Analysis. *British Journal of Political Science* 39(03), 449. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0007123409000672>.
- Harcourt, W. 2014. The future of capitalism: a consideration of alternatives. *Cambridge Journal of Economics* 38(6), 1307–1328. DOI: <https://doi.org/10.1093/cje/bet048>.
- Hargrave, Timothy J., und Andrew H. Van de Ven. 2009. Institutional work as the creative embrace of contradiction. In *Institutional work: actors and agency in institutional studies of organizations*, Hrsg. Thomas B. Lawrence, Roy Suddaby, und Bernard Leca, 120–140. Cambridge, UK ; New York: Cambridge University Press.
- Harvey, David. 1996. *Justice, nature, and the geography of difference*, Cambridge, Mass: Blackwell Publishers.
- Haug, Frigga. 2009. Die Vier-in-einem-Perspektive abrufbar unter: <http://www.vier-in-einem.de/>, letzter Zugriff am 29.5.2017.



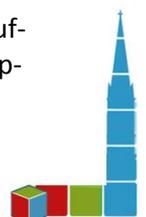
- Haxeltine, Alex, Julia Wittmayer, Flor Avelino, René Kemp, et al. 2013. Transformative social innovations: A sustainability transition perspective on social innovation. In *Social Frontiers : The next edge of social innovation research*, London abrufbar unter: <http://www.transitsocialinnovation.eu/resource-hub/transformative-social-innovation--a-sustainability-transitions-perspective-on-social-innovation>.
- Heinrichs, Harald. 2013. Sharing Economy: A Potential New Pathway to Sustainability. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 22(4), 228–231. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.22.4.5>.
- Heißler, Julian. 2017. Weniger Vollzeitstellen- Voll arbeiten immer weniger. *tagesschau.de*. abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/teilzeit-103.html>.
- Helfrich, Silke, und David Bollier. 2012. Commons als transformative Kraft. Zur Einführung. In *Commons: für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Hrsg. Silke Helfrich, und Heinrich Böll-Stiftung, 15–24. Bielefeld: Transcript.
- Heyen, Dirk Arne. 2017. Politische Gestaltung von Exnovation. *Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift* 32(1), 30. DOI: <https://doi.org/10.14512/OEW320130>.
- Hielscher, Sabine, Adrian Smith, und Mariano Fressoli. 2015. *WP4 Case Study Report: FabLabs*, Report for the TRANSIT FP7 Project, Brighton: SPRU, University of Sussex abrufbar unter: <https://grassrootsinnovations.files.wordpress.com/2015/04/fab-labs-final.pdf>, letzter Zugriff am 13.6.2017.
- Hockerts, Kai, und Rolf Wüstenhagen. 2010. Greening Goliaths versus emerging Davids — Theorizing about the role of incumbents and new entrants in sustainable entrepreneurship. *Journal of Business Venturing* 25(5), 481–492. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jbusvent.2009.07.005>.
- Hodson, Mike, und Simon Marvin. 2010. Can cities shape socio-technical transitions and how would we know if they were? *Research Policy* 39(4), 477–485. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.respol.2010.01.020>.
- Honneth, Axel. 2015. *Die Idee des Sozialismus: Versuch einer Aktualisierung* Erste Auflage., Berlin: Suhrkamp.
- Hörisch, Jacob. 2015. The Role of Sustainable Entrepreneurship in Sustainability Transitions: A Conceptual Synthesis against the Background of the Multi-Level Perspective. *Administrative Sciences* 5(4), 286–300. DOI: <https://doi.org/10.3390/admsci5040286>.
- Illich, Ivan. 2009. *Tools for conviviality*, London: Marion Boyars Publishers.
- Jackson, Tim. 2009. *Prosperity without growth: economics for a finite planet*, London ; Sterling, VA: Earthscan.
- Jørgensen, Michael Sjøgaard, Flor Avelino, Jens Dorland, Sarah Rach, et al. 2016. *Synthesis across social innovation case studies. Deliverable no. D4.4*, abrufbar unter: http://www.transitsocialinnovation.eu/content/original/Book%20covers/Local%20PDFs/207%20TRANSIT_D4.4_Synthesis%20Report%20about%20all%20in-depth%20case%20studies.pdf.
- Kasmir, Sharryn. 2016. The Mondragon Cooperatives and Global Capitalism: A Critical Analysis. *New Labor Forum* 25(1), 52–59. DOI: <https://doi.org/10.1177/1095796015620424>.
- Kemp, René, und Derk Loorbach. 2006. Transition management: a reflexive governance approach. In *Reflexive Governance for Sustainable Development*, Hrsg. Jan-Peter Voß, Dierk Bauknecht, und René Kemp, 103–130. Edward Elgar Publishing.
- Kenis, A., und M. Lievens. 2016. Greening the Economy or Economizing the Green Project? When Environmental Concerns Are Turned into a Means to Save the Market. *Review of Radical Political Economics* 48(2), 217–234. DOI: <https://doi.org/10.1177/0486613415591803>.
- Kenis, Anneleen, Federica Bono, und Erik Mathijs. 2016. Unravelling the (post-)political in Transition Management: Interrogating Pathways towards Sustainable Change. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 1–17. DOI: <https://doi.org/10.1080/1523908X.2016.1141672>.
- Kleinhüchelkotten, Silke. 2002. Die Suffizienzstrategie und ihre Resonanzfähigkeit in den sozialen Milieus Deutschlands. In *Lebensstile und Nachhaltigkeit*, Hrsg. Dieter Rink, 229–246. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-663-10620-3_11, letzter Zugriff am 10.6.2017.



- Knaggard, Asa, und Hakan Pihl. 2015. The green state and the design of self-binding. In *Rethinking the Green State: Environmental Governance Towards Climate and Sustainability Transitions*, Hrsg. Karin Bäckstrand, und Annica Kronsell, 209–225. London and New York: Routledge.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie. 2017. Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung. Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_d_t_10-2015.pdf, letzter Zugriff am 10.6.2017.
- Kopatz, Michael. 2015. Wirtschaftsförderung 4.0 : kooperative Wirtschaftsformen in Kommunen. *Politische Ökologie* Sep2015(142), 104–110.
- Lessacher, Eva. 2013. *Kritische Betrachtung des Oppenheimerschen Transformationsgesetzes*, Wien abrufbar unter: <http://epub.wu.ac.at/id/eprint/3989>, letzter Zugriff am 19.6.2017.
- Loiseau, Eleonore, Laura Saikku, Riina Antikainen, Nils Droste, et al. 2016. Green economy and related concepts: An overview. *Journal of Cleaner Production* 139, 361–371. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2016.08.024>.
- Longhurst, Noel, Flor Avelino, Julia Wittmayer, Paul Weaver, et al. 2016. Experimenting with alternative economies: four emergent counter-narratives of urban economic development. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 22, 69–74. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.04.006>.
- Longhurst, Noel, und György Pataki. 2015. *WP4 Case Study Report: The Transition Movement*, Report for the TRANSIT FP7 Project, abrufbar unter: <http://www.transitsocialinnovation.eu/content/original/Book%20covers/Local%20PDFs/260%20Case%20study%20report%20template%20Batch1%20Transition%20Towns%20v11%20May%202017.pdf>, letzter Zugriff am 13.6.2017.
- Loorbach, D.A., und R. Lijnis Huffenreuter. 2013. Exploring the economic crisis from a transition management perspective. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 6, 35–46. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2013.01.003>.
- Loorbach, Derk, Niki Frantzeskaki, und Roebin Lijnis Huffenreuter. 2015. Transition management: taking stock from governance experimentation. *Journal of Corporate Citizenship* 2015(58), 48–66.
- Loorbach, Derk, und Katinka Wijsman. 2013. Business transition management: exploring a new role for business in sustainability transitions. *Journal of Cleaner Production* 45, 20–28. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2012.11.002>.
- Mair, Johanna. 2010. Social entrepreneurship: Taking stock and looking ahead. In *Handbook of Research on Social Entrepreneurship*, Hrsg. A. Fayolle, und H. Matlay, Chapter 2. Cheltenham: Edward Elgar.
- McDonough, William, und Michael Braungart. 2002. *Cradle to cradle: remaking the way we make things* 1st ed., New York: North Point Press.
- Mintzberg, Henry. 2015. *Rebalancing Society: Radical Renewal Beyond Left, Right, and Center* 1. Aufl., Oakland: Berrett-Koehler Publishers.
- Müller-Jentsch, Walther. 2016. Den Kapitalismus biegen oder brechen. Wege zu einer solidarischen Gesellschaft (Bespprechungsessay). *Industrielle Beziehungen* 23(3), 393–399.
- Müller-Jentsch, Walther. 2017. *Strukturwandel der industriellen Beziehungen: „Industrial Citizenship“ zwischen Markt und Regulierung 2.*, völlig überarbeitete Auflage., Wiesbaden: Springer VS.
- Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.). 2007. *Solidarische Ökonomie in Europa: Betriebe und regionale Entwicklung ; Internationale Sommerschule in Imshausen ; [Internationale Sommerschule „Solidarische Ökonomie in Europa: Betriebe und Regionale Entwicklung“]*, Kassel: Kassel Univ. Press.
- Narberhaus, Michael, und Aryne Sheppard. 2015. Re.imaging Activism: A practical guide for the Great Transition abrufbar unter: http://www.smart-csos.org/images/Documents/reimagining_activism_guide.pdf, letzter Zugriff am 5.7.2017.
- Ogbor, John O. 2001. Critical theory and the hegemony of corporate culture. *Journal of Organizational Change Management* 14(6), 590–608. DOI: <https://doi.org/10.1108/09534810110408015>.



- Oppenheimer, Franz. 2015. *Schriften zur Soziologie* Hrsg. Klaus Lichtblau, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden abrufbar unter: <http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-06876-9>, letzter Zugriff am 19.6.2017.
- Paavola, Jouni, und W. Neil Adger. 2005. Institutional ecological economics. *Ecological Economics* 53(3), 353–368. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2004.09.017>.
- Paech, Niko. 2016. *Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie* 9. Auflage., München: oekom Verlag.
- Pauli, Gunter. 2010. *The Blue Economy: 10 years - 100 innovations - 100 million jobs*, Berlin: Konvergenta.
- Pirgmaier, Elke, Julia Gruber, Stefanie Gerold, und Andrea Stocker. 2015. Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. In *Reihe Zukunftsdossier, No. 3a, 77*. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft abrufbar unter: https://wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/WiW_Dossier3a_Alternative_Wirtschafts_und_Gesellschaftsmodelle.pdf, letzter Zugriff am 17.5.2017.
- Polanyi, Karl. 2004. *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* 1. Aufl., [Nachdr.], Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl, Giorgio Resta, Mariavittoria Catanzariti, und Kari Levitt. 2014. *For a new West: essays, 1919 - 1958*, Cambridge: Polity Press.
- Polimeni, John M. (Hrsg.). 2008. *The Jevons paradox and the myth of resource efficiency improvements*, London ; Sterling, VA: Earthscan.
- Poschen, Peter, Ana Lucía Iturriza, Xinxing Li, Steven Tobin, et al. (Hrsg.). 2012. *Working towards sustainable development: opportunities for decent work and social inclusion in a green economy: [a report by the Green Jobs Initiative]*, Geneva: International Labour Organisation.
- REconomy Centre Totnes. 2015. About the Totnes REconomy Project. *REconomy Centre Totnes*. abrufbar unter: <https://reconomycentre.org/home/about-the-totnes-reconomy-project/>, letzter Zugriff am 15.6.2017.
- Rosa, Hartmut, Stephan Lessenich, Margrit Kennedy, und Theo Waigel. 2014. Weil Kapitalismus sich ändern muss: Im Gespräch mit Theodor Waigel. In *Weil Kapitalismus sich ändern muss*, 107–137. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden abrufbar unter: http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-01384-4_4, letzter Zugriff am 8.6.2017.
- Rotmans, Jan, und Derk Loorbach. 2010. Towards a better understanding of transitions and their governance: a systemic and reflexive approach. In *Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*, Hrsg. John Grin, Jan Rotmans, und Johan Schot, 105–222. New York, NY: Routledge.
- Rudel, Thomas K., J. Timmons Roberts, und JoAnn Carmin. 2011. Political Economy of the Environment. *Annual Review of Sociology* 37(1), 221–238. DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.012809.102639>.
- Schaltegger, Stefan, und Marcus Wagner. 2011. Sustainable entrepreneurship and sustainability innovation: categories and interactions. *Business Strategy and the Environment* 20(4), 222–237. DOI: <https://doi.org/10.1002/bse.682>.
- Schneiberg, M., M. King, und T. Smith. 2008. Social Movements and Organizational Form: Cooperative Alternatives to Corporations in the American Insurance, Dairy, and Grain Industries. *American Sociological Review* 73(4), 635–667. DOI: <https://doi.org/10.1177/000312240807300406>.
- Schneidewind, Uwe. 1998. *Die Unternehmung als strukturpolitischer Akteur: kooperatives Schnittmengenmanagement im ökologischen Kontext*, Marburg: Metropolis-Verl.
- Serrano, Melisa R, Edlira Khafa, und International Labour Office. 2011. *The quest for alternatives beyond (neoliberal) capitalism*, Geneva: ILO.
- Smith, Adrian. 2015. Tooling Up: Civic visions, FabLabs, and grassroots activism. *The Guardian*. abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/science/political-science/2015/apr/04/tooling-up-civic-visions-fablabs-and-grassroots-activism>, letzter Zugriff am 31.5.2017.



- Sommer, Bernd, Josefa Kny, Klara Stumpf, und Jasmin Wiefek. 2016. Gemeinwohl-Ökonomie: Baustein zu einer Transformation zu einer ressourcenleichteren Gesellschaft? In *Im Brennpunkt: Ressourcenwende - Transformation zu einer ressourcenleichten Gesellschaft*, Hrsg. Holger Rogall, Hans-Christoph Binswanger, Felix Ekardt, Anja Grothe, et al., 237–253. Marburg: Metropolis Verlag.
- Sommer, Bernd, und Harald Welzer. 2014. *Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne*, München: Oekom Verlag.
- Sontheimer, Kurt. 1996. Gibt es Alternativen zur Marktwirtschaft? In *Markt und Sinn: dominiert der Markt unsere Werte?*, Hrsg. Florian Müller, und Michael Müller, 44–60. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Stadt Freiburg im Breisgau. 2016. 2. *Freiburger Nachhaltigkeitsbericht 2016*, Freiburg: Stadt Freiburg im Breisgau abrufbar unter: http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E873382130/1067771/ZweiterNachhaltigkeitsbericht.pdf.
- Steffen, W., K. Richardson, J. Rockstrom, S. E. Cornell, et al. 2015. Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science* 347(6223), 1259855–1259855. DOI: <https://doi.org/10.1126/science.1259855>.
- Stocker, Andrea, Stefanie Gerold, und Friedrich Hinterberger. 2015. Auf der Suche nach einem neuen Wohlstandsmodell. In *Reihe Zukunftsdossier, No. 5*, 60. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft abrufbar unter: https://wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/WiW_Dossier3a_Alternative_Wirtschafts_und_Gesellschaftsmodelle.pdf, letzter Zugriff am 17.5.2017.
- Streeck, Wolfgang. 2010. E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism. In *MPIfG Discussion Paper*, 49. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung abrufbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3019/pdf/dp10_12.pdf, letzter Zugriff am 30.5.2017.
- Turnhout, Esther, Katja Neves, und Elisa de Lijster. 2014. 'Measurementality' in Biodiversity Governance: Knowledge, Transparency, and the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Ipbes). *Environment and Planning A* 46(3), 581–597. DOI: <https://doi.org/10.1068/a4629>.
- Vetter, Andrea. 2017. The Matrix of Convivial Technology – Assessing technologies for degrowth. *Journal of Cleaner Production*. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2017.02.195>.
- Victor, Peter A. 2008. *Managing without growth: slower by design, not disaster*, Cheltenham, UK ; Northampton, MA: Edward Elgar.
- Weber, Wolfgang G., und Christine Unterrainer. 2015. Arbeit in demokratischen Unternehmen: Ihr Potenzial für eine demokratische Gesellschaft. *Zeitschrift für Sozialpsychologie und Gruppendynamik in Wirtschaft und Gesellschaft* 40(1), 21–40.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Karlson Hargroves, Michael Smith, Cheryl Desha, et al. 2010. *Faktor Fünf: die Formel für nachhaltiges Wachstum*, München: Droemer.
- Welzer, Harald. 2011. *Mentale Infrastrukturen: wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Welzer, Harald. 2015. *Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand* 1. Aufl., Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.
- Wynne-Jones, Sophie. 2012. Negotiating neoliberalism: Conservationists' role in the development of payments for ecosystem services. *Geoforum* 43(6), 1035–1044. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2012.07.008>.
- Ziemer, Gesa. 2016. Stadt gemeinsam entwickeln. Neue Formen der Zusammenarbeit am Beispiel der Hamburger PlanBude. In *Die Welt reparieren: Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*, Hrsg. Christa Müller, Karin Werner, Andrea Baier, und Tom Hansing, 312–319. Bielefeld: Transcript abrufbar unter: https://content-select.com/media/moz_viewer/56d580e9-4aa4-4efd-9da3-3563b0dd2d03/language:de#.

